

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Zwischen Schock und Anpassung	1
Zuwanderung nach Deutschland – Eine Buchbesprechung	4
Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum	5
Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung	9
Umweltbewußtsein in Europa – ähnliche Probleme, unterschiedliches Verhalten	10
Tagung: XIV World Congress of Sociology	14
Living Conditions in Europe – Eine Buchbesprechung	15
Tagung: Sektion Sozialindikatoren auf dem Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie	16

Zwischen Schock und Anpassung

Ostdeutsche Familienbildung im Übergang

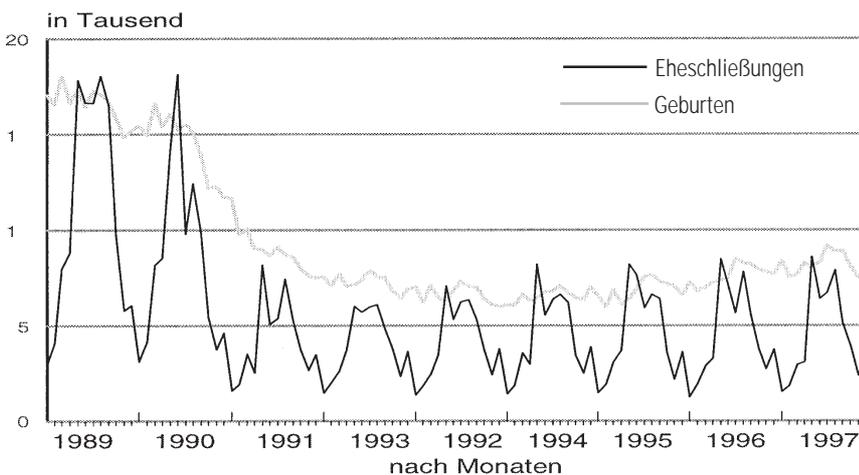
Als nahezu zeitgleich mit dem Zusammenbruch der DDR und dem Prozeß der deutschen Vereinigung ein dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und Ehescheidungen in Ostdeutschland zu verzeichnen war, konnte man von einem „demographischen Schock“ sprechen. Die Monatsdaten verdeutlichen, daß der stärkste Einbruch dieser Kennziffern von 1989 auf 1990 um 10 Prozent ab und verringerte sich im Folgejahr um weitere 40 Prozent. Auch in den beiden folgenden Jahren kamen deutlich weniger Kinder zur Welt, und erst 1994 wurde ein vorläufiger Tiefpunkt dieser Entwicklung erreicht. Wurden 1989 noch ca. 200.000 Kinder geboren, so kamen 1994 nur noch knapp 80.000 zur Welt. Damit fiel die Zahl der Lebendgeborenen innerhalb kurzer Zeit um 60 Prozent, eine auch im historischen Rückblick exorbitante Marke. Ein gleichermaßen rekordverdächtiges Bild ergab sich bei der Entwicklung der Eheschließungen in Ostdeutschland. Hier sank die Zahl von 1989 auf 1990 um 22 Prozent. Im darauffolgenden Jahr verringerte sich die Zahl derer, die sich das Ja-Wort gaben, nochmals um 50 Prozent. Der Tiefpunkt dieses Rückgangs war 1992 erreicht, als nur noch 48.000 Ehen geschlossen wurden im Vergleich zu 131.000 im Jahr 1989. Auch die Ehescheidungen, ein dritter Indikator des demographischen Verhaltens, zeigte Ausschläge nach unten. In den zwei Jahren von 1989 auf 1991 sank die Zahl der Scheidungen von 50.000 auf weniger als 9.000 pro Jahr. Gründe hierfür lagen in der Einführung des bundesdeutschen Scheidungsrechts und in der verringerten Scheidungsneigung der Ostdeutschen.

Diese Entwicklung gab damals Anlaß zu der Diagnose eines demographischen Schocks (Zapf/Mau 1993). Dieser Schock war als ein Aggregat verschiedener Effekte, das sich auf sozioökonomische und psychosoziale Lagen der Individuen gründete und in ein Aussetzen der Eheschließungen, Geburten und Scheidungen mündete. Doch wie läßt sich dies erklären? Beschleunigte Prozesse des sozialen und politischen Wandels stellen hohe Anforderungen an die Umstellungs- und Anpassungskapazitäten der Menschen. Nicht nur eine Neuorientierung im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik war notwendig; die Menschen in Ostdeutschland waren auch mit handfesten unmittelbaren Problemen wie Arbeitslosigkeit konfrontiert, die sie bisher nicht kannten. Ob man die veränderten Lebensbedingungen als riskant oder herausfordernd erlebt, die Folgen für das demographische Verhalten gehen in dieselbe Richtung: Sie werden in beiden Fällen als Lebensereignisse wahrgenommen, die

langfristige biographische Weichenstellungen vornehmen. Damit stellen sie eine zusätzliche Belastung dar, und ihr Vermeiden ist eine Entlastungsstrategie. Wo sich neue biographische Wahlmöglichkeiten auftun, erscheint eine Elternschaft oder eine Heirat als Festlegung, die nicht bzw. nur schwer reversibel ist. Und wenn diese hinzugewonnenen Optionen auch mit Risiken und Unsicherheiten einhergehen, ist eine Bewältigungsstrategie, die Festlegungen und damit auch mögliche Fehlplanungen vermeidet, durchaus plausibel.

Andere Faktoren, die die dramatischen Einbrüche mit beeinflußt haben, sind die Wanderungsbewegungen von Ost nach West, insbesondere der jüngeren Kohorten, und die Bevölkerungsstruktur. Wieviel Ehen geschlossen werden und wieviel Kinder geboren werden, hängt schließlich auch davon ab, wie stark die heirats- und gebärfähigen Altersgruppen besetzt sind. Daß wir es aber nicht mit einem Schein-

Graphik 1: Geburten und Eheschließungen in Ostdeutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

effekt, sondern mit einer wirklichen Veränderung des generativen Verhaltens zu tun haben, bestätigt die zusammengefaßte Geburtenziffer. Sie läßt sich als hypothetische durchschnittliche Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt, beschreiben. Sie betrug 1989 in Ostdeutschland, bezogen auf 1000 Frauen 1572 und fiel dann 1994 auf 772, d.h. auf weniger als die Hälfte. Im Vergleich dazu betrug der westdeutsche Wert 1394 (1989) und fiel dann leicht auf 1346 (1994). Auch wenn der Anteil der Geborenen mit ausländischer Mutter in Westdeutschland 1995 auf 18 Prozent angewachsen war, bleibt doch die Diagnose eines beträchtlichen Niveauunterschieds im generativen Verhalten der Ost- und Westdeutschen.

Schon sehr früh lautete eine weitergehende Prognose, daß die meisten sozialstrukturellen Entwicklungen in Richtung der westdeutschen Muster gehen werden. Das galt auch für die DDR-typischen frühen Ehen und frühen Mutterschaften und in der Folge auch für die frühen Scheidungen. Diese Angleichungsthese ging davon aus, daß das neue institutionelle und sozioökonomische Ordnungsgefüge die Heirats- und Geburtenmuster konditioniert und diese sich mittelfristig dem westdeutschen Muster annähern. In diese Prognose eingeschlossen waren auch die Idee einer Überlagerung verschiedener Trends und die Möglichkeit verbleibender fortgesetzter Unterschiede in den demographischen Daten in Ost- und Westdeutschland, nämlich solange wie auch deutliche Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen beiden Landesteilen bestehen.

Langsamer Anstieg der Geburtenzahlen

Welche Veränderungen lassen sich seit dem dramatischen Einbruch in Ostdeutschland feststellen? Zunächst einmal: Der Tiefpunkt der Entwicklung, der eine Umstellungskrise markiert, war nach wenigen Jahren erreicht, und seitdem beobachten wir einen langsam einsetzenden Aufwärtstrend. Ein schnelles Nachho-

len, oder gar ein „Babyboom“, der dem demographischen Verzicht der letzten Jahre folgt, war nicht wahrscheinlich und wird durch die zur Verfügung stehenden vorhandenen Daten

auch nicht bestätigt. Doch der Umkehrtrend ist deutlich: 1995 wurden sechs Prozent mehr Kinder in Ostdeutschland geboren als im Jahr zuvor. Von 1995 auf 1996 betrug die Zuwachsrate elf Prozent. Von 1994 bis 1997 stieg die Zahl der Lebendgeborenen sukzessive um insgesamt 25 Prozent an. Damit wurden im vergangenen Jahr ca. 20.000 Babys mehr geboren als 1994. Das mutet viel an, aber dennoch liegt dieser Wert nur bei der Hälfte der Geburten des Jahres 1989. Bezogen auf tausend Einwohner kamen in Ostdeutschland 6,4 und in Westdeutschland 10,7 Kinder zur Welt. Die Fertilitätsrate in Ostdeutschland ist damit immer noch deutlich niedriger als der westdeutsche Vergleichswert. 1996 wies die zusammengefaßte Geburtenziffer (je 1000 Frauen) im Osten einen Wert von 926 und im Westen einen Wert von 1387 aus.

Bei den Eheschließungen ist der Wiederanstieg weniger deutlich. Nachdem der niedrigste Wert schon 1992 erreicht wurde, stiegen die Heiratszahlen wieder leicht an und scheinen nun auf einem niedrigen Niveau zu verharren. Auf der Ebene der zusammengefaßten Erstheirats-

Tabelle 1: Eheschließungen und Geburten in Ost- und Westdeutschland

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Anzahl in Tausend	je 1000 Einwohner	Anzahl in Tausend	je 1000 Einwohner
Eheschließungen				
1989	131	7,9	399	6,4
1990	102	6,3	414	6,6
1991	51	3,2	404	6,3
1992	48	3,1	405	6,2
1993	49	3,1	393	6,0
1994	52	3,4	388	5,9
1995	54	3,5	376	5,7
1996	54	3,5	372	5,6
1997	53	3,5 ¹	368	5,5 ¹
Geburten				
1989	199	12	682	11,0
1990	178	11,1	727	11,5
1991	108	6,8	722	11,3
1992	88	5,6	721	11,1
1993	81	5,1	718	11,0
1994	79	5,1	691	10,5
1995	84	5,4	681	10,3
1996	92	6,0	697	10,5
1997	98	6,4 ¹	712	10,7 ¹
Scheidungen				
1989	50	3,0	127	2,0
1990	32	2,0	123	1,9
1991	9	0,6	127	2,0
1992	10	0,7	125	1,9
1993	18	1,2	138	2,1
1994	23	1,5	143	2,2
1995	21 ²	1,5 ²	148 ³	2,2 ³
1996	23 ²	1,6 ²	153 ³	2,3 ³

¹ vorläufiges Ergebnis

² Neue Länder ohne Berlin-Ost

³ Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt

ziffer (von 1000 ledigen Frauen) ist dieser Anstieg deutlicher. Danach lag der tiefste Stand schon im Jahr 1991 bei einem Wert von 312 und 1996 bei 409. Interessant ist, daß die Heiratsneigung in den vergangenen zwei Jahren fast unverändert blieb und damit rund ein Drittel unter dem westdeutschen Vergleichswert verharrt. Hier sind deutliche Zunahmen, die auf ein Aufholen der ausgesetzten Eheschließungen hindeuten, nicht zu verzeichnen. Die Scheidungshäufigkeit in Ostdeutschland ist seit 1991 wieder kontinuierlich angewachsen. Nach dem Tiefpunkt von weniger als 9000 Scheidungen ist die Gesamtzahl auf fast 23000 (ab 1995 ohne Ostberlin) im Jahr 1996 angestiegen. Damit liegt diese Zahl aber noch immer unter der in der DDR üblichen hohen Scheidungsrate und unter dem westdeutschen Wert. Bezogen auf die Anzahl der bestehenden Ehen ist die Scheidungsrate in Ostdeutschland rund ein Drittel niedriger als in Westdeutschland.

Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes steigt auch im Osten

Auch wenn diese Belege auf eine Erholung der ostdeutschen Werte für das demographische Verhalten hindeuten, ist immer noch davon auszugehen, daß wir es hier mit einem Zustand der Anomalie zu tun haben, der erst langsam abklingt. Und mit diesem Abklingen etablieren sich veränderte Muster der Familienbildung. Auf allgemeiner Ebene ist feststellbar, daß in Übereinstimmung mit der Angleichungsthese sich das Heiratsalter der ostdeutschen Paare und das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt eines Kindes nach oben verschieben. Dies ist zwar auch eine schon seit zwei Jahrzehnten wirkende sozialstrukturelle Tendenz in Westdeutschland, aber dieser Anstieg fiel in Ostdeutschland stärker aus als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 2). Heirateten ledige Männer in Ostdeutschland noch 1989 mit durchschnittlich 25,8 Jahren, so stieg das Alter 1996 auf 29,0. In der gleichen Zeit stieg dieser Wert in Westdeutschland von 28,2 auf 30,1. Die Ost-West-Differenz verringerte sich von 2,4 auf 1,1 Jahre. Bei den Frauen verringerte sich die Differenz des Heiratsalters lediger Frauen in Ost- und Westdeutschland innerhalb von sechs Jahren von zwei Jahren auf 1,1 Jahre.

Die Geburt des ersten Kindes in einer bestehenden Ehe hat sich in Ostdeutschland von 1990 bis 1995 um 3,5 Jahre nach hinten verzögert, so daß man von einer frühen Mutterschaft nicht mehr sprechen kann (vgl. Tabelle 3). Das durchschnittliche Alter der Mutterschaft bei der Geburt des Kindes betrug in Ostdeutschland 1991 noch 25,2 Jahre und stieg auf 27,5 (1996). Auch in Westdeutschland hat sich dieses Alter weiter erhöht - allerdings mit einem geringeren Tempo, so daß sich auch hier die Ost-West-Unterschiede verringert haben.

Hinter dem, was als genereller Trend der Angleichung erscheint, verbergen sich mehrere Entwicklungsmomente. Auf der Ebene einer

Tabelle 2: Durchschnittliches Heiratsalter der Eheschließenden

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	insgesamt	davor ledig	insgesamt	davor ledig
Frauen				
1989	27,0	23,7	28,2	25,7
1990	27,3	23,7	28,4	25,9
1991	29,3	24,5	28,8	26,2
1992	29,9	25,1	29,2	26,5
1993	30,0	25,5	29,6	26,9
1994	30,3	26,0	29,9	27,2
1995	30,7	26,4	30,3	27,5
1996	31,1	26,7	30,5	27,7
Männer				
1989	29,7	25,8	31,2	28,2
1990	30,0	25,8	31,4	28,4
1991	32,1	26,6	31,7	28,7
1992	32,6	27,1	32,1	29,0
1993	32,7	27,6	32,5	29,3
1994	33,0	28,0	32,8	29,6
1995	33,5	28,5	33,1	29,9
1996	33,8	29,0	33,4	30,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3: Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt der Kinder

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	insgesamt	darunter 1. eheliches Kind	insgesamt	darunter 1. eheliches Kind
1991	25,2	24,9	28,3	27,1
1992	25,8	25,4	28,4	27,3
1993	26,4	26,2	28,6	27,6
1994	26,8	26,6	28,9	27,9
1995	27,2	26,9	29,1	28,1
1996	27,5	27,3	29,3	28,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

alters- und kohortenspezifischen Betrachtung (altersspezifische Geburtenziffern) zeigt sich, daß es vor allem die jüngeren Frauen sind, die sich mehr und mehr der westdeutschen Verteilung annähern und die Phase, in der Kinder geboren werden, biographisch nach hinten verschieben. 1995 verläuft die entsprechende Kurve bis zum 25. Lebensjahr in Ost- und Westdeutschland nahezu deckungsgleich. Die höchste altersspezifische Geburtenziffer wird in Ostdeutschland von den 26jährigen Frauen erreicht. Kennzeichnend für diese Frauen ist, daß sie 1990 am Anfang ihrer Familienbildungsbiographie standen und damit den Übergang zu westlichen Mustern leichter realisieren konnten. Zudem gilt für sie, daß sie sich leichter als die älteren Jahrgänge an das neue System anpassen konnten und ihre Lebensorientierungen denen der westdeutschen Altersgefährtingen ähnlicher sind. Die stärksten Effekte hatte der Umbruch in Ostdeutschland bei der Frauengeneration, die mitten in ihrer fertilen Phase stand, also zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt war, und entsprechend der Schockthese die Geburten aussetzte. Für die obersten ältesten Jahrgänge dieser Generation kam es zu einem abrupten Abbruch der Fertilitätsphase; sie werden auch die „ausgefallenen“ Geburten nicht mehr aufholen. Lediglich die mittleren Kohorten sind in der Lage, einen

Teil der ausgesetzten Geburten nachzuholen, und die altersspezifischen Geburtenziffern geben leichte Hinweise darauf, daß dies der Fall ist. Was sich beobachten läßt, ist die Überlagerung verschiedener Bevölkerungsweisen, die durch die generationsspezifische Prägung gekennzeichnet sind. Für die Gesamtentwicklung der Geburtenzahl in Ostdeutschland heißt das, daß sich der leichte Aufwärtstrend fortsetzen wird und die Ost-West-Unterschiede allmählich „auswachsen“. Das kann ein Prozeß sein, der 15 bis 20 Jahre dauert. Für die nach 1975 geborenen Frauen dürfte dann das Element des demographischen Schocks infolge des sozialen Umbruchs keine Rolle mehr spielen.

Hoher Anteil nichtehelich geborener Kinder im Osten

Diese prinzipielle Angleichungstendenz impliziert jedoch nicht, daß sich alle Unterschiede verwischen. Typisch für Ostdeutschland ist noch immer eine hohe Nichtehelichenquote, die sich im Verlauf der Wende sogar noch auf 42 Prozent erhöht hat. In Westdeutschland werden im Vergleich dazu nur 13 Prozent der Kinder außerhalb der Ehe geboren. Der Grund dafür liegt sicherlich in dem in der DDR geprägten Verhaltensmuster der zeitlichen Ent-

koppelung von Geburt und Heirat. Zudem kann eine abnehmende Heiratsneigung auch dazu führen, daß sich das generative Verhalten auch außerhalb der Institution der Ehe abspielt. Auch andere Elemente des demographischen Übergangs in Ostdeutschland weisen darauf hin, daß es persistente Muster in Ostdeutschland gibt. Dazu zählt sicherlich die Gleichzeitigkeit einer hohen Familien- und Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen.

Möglicherweise haben diejenigen Elemente der Bevölkerungsweise in Ostdeutschland eine größere Beharrlichkeit, die auch in Westdeutschland als langfristige Trends beobachtet werden können. So gibt es beispielsweise auch hier seit Anfang der 70er Jahre eine Zunahme des Anteils nichtehelich geborener Kinder von fünf auf 13 Prozent und eine zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern. Auch die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern geht als Entwicklung eher in die ostdeutsche Richtung. Das macht die zusätzliche Ambivalenz des demographischen Übergangs aus: Die Verkoppelung von Schockreaktionen und Angleichung, wobei die nachrückenden Generationen die Träger von veränderten Verhaltensdispositionen sind, dazu schwache Nachholeffekte bei einigen Altersgruppen, und auf der anderen Seite ein Fortdauern von Arrangements, die bestimmte Trends auch im Westen bestärken, so der Versuch, die Konkurrenz von beruflicher Verwirklichung und Familienbildung zu überbrücken. Doch auch hier könnten die wirkenden Zwänge und Anforderungen ihre Spuren hinterlassen, die Verbindung loser werden lassen und in eine zunehmende Ausdifferenzierung familialer Lebensformen münden. Für eine Trendaussage heißt dies, daß man von einem längerfristigen Wiederanstiegen der Geburten-, Heirats-, und Scheidungshäufigkeit ausgehen kann. Dieser Prozeß wird nicht sprunghaft vor sich gehen, sondern eher allmählich. Und er wird bestimmt werden durch das demographische Verhalten der nachrückenden Frauengenerationen in Ostdeutschland, die das Muster einer späteren Geburt der Kinder und einer späteren Eheschließung schon angenommen haben.

Wolfgang Zapf/Steffen Mau 1993: Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? Dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und Scheidungen. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 10, Juli 1993, S. 1-5.

■ **Steffen Mau und Wolfgang Zapf,**
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Tel.: 030/25491-372

Zuwanderung nach Deutschland

Eine Buchbesprechung

Deutschland ist ein besonders wichtiges Ziel-land für Zuwanderungen in Europa. Der Ausländeranteil in den alten Bundesländern liegt mittlerweile bei etwa zehn Prozent und der politische Diskurs zur Ausländerproblematik erhält vor diesem Hintergrund immer wieder neue Aktualität. Themen wie der Zuzug von Aussiedlern, Asylgesetze oder die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft können hier genannt werden.

Empirische Analysen zu diesem Themenkomplex liefert das Buch von Rainer Münz, Wolfgang Seifert und Ralf Ulrich mit dem Titel „Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven.“, das 1997 im Campus Verlag erschienen ist. Untersucht werden Wanderungen von und nach Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Band ist in acht Kapitel untergliedert. In der Einleitung wird die grundlegende Problematik, warum Menschen seßhaft bleiben oder ins Ausland ziehen, im historischen Kontext angesprochen. Die Kapitel 2 und 3 widmen sich den Wanderungen von und nach Deutschland seit 1945. Die größten Wanderungsbewegungen fanden von 1945 bis 1949 statt als das besetzte Deutschland 12 Millionen Vertriebene aufnehmen mußte und gleichzeitig rund 10 Millionen Fremd- und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und ehemalige KZ-Häftlinge das Gebiet verließen. In der Folgezeit gewann die Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland an Gewicht. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 verließen 3,8 Millionen Bewohner der DDR ihren Staat, aber auch 400.000 Bundesbürger zogen in die frühere DDR. Mit der massiven Anwerbung von Gastarbeitern in den 60er Jahren kamen bis 1973 2,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Westdeutschland. Aber auch nach dem Anwerbestopp 1973 folgte keine Rückkehrwelle von Gastarbeitern, sondern der Nachzug von Familienangehörigen. Ende der achtziger Jahre nahm mit dem Fall des Eisernen Vorhangs der Zuzug von Aussiedlern drastisch zu. Weiterhin setzten massenhafte Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland ein und der Zustrom von Asylbewerbern stieg stark an. Von 1988 bis 1993 beantragten mehr als 1,4 Millionen Menschen politisches Asyl. Mit der Einführung neuer Regelungen ging der Zustrom von Asylbewerbern und Aussiedlern nach 1992 dann wieder zurück. Kapitel 4 beschäftigt sich mit der Herkunft, demographischen Merkmalen und der regionalen Verteilung der Ausländer in Deutschland. In Kapitel 5 werden Qualifikation, Beschäftigung und soziale Integration von Ausländern untersucht. Es zeigt sich, daß Ausländer über eine geringere Qualifikation verfügen als Deutsche, überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind, aber andererseits auch zunehmend in qualifizierteren Beschäftigungsberei-

chen zu finden sind. In der „zweiten Generation“ ist ein Aufholen gegenüber der deutschen Bevölkerung zu beobachten: Ein Drittel ist in Facharbeiter- und Meisterpositionen und etwa ein weiteres Viertel in Angestelltenpositionen beschäftigt. Ein weiterer Indikator für eine bessere Integration der „zweiten Generation“ in Deutschland sind die besseren Sprachkenntnisse und die häufigeren Freundschaften mit Deutschen im Vergleich mit der Elterngeneration. Im sechsten Kapitel werden deutschstämmige Aussiedler gesondert untersucht. Das Zusammenleben mit der Familie ist bei Aussiedlern ein zentrales Wanderungsmotiv. So ist auch die Mehrzahl der Aussiedler an den Wohnort von Angehörigen oder Bekannten zugezogen. Nur eine kleine Minderheit von einem Prozent der Aussiedler hat die Absicht in das Herkunftsland zurückzukehren. Das Bildungsniveau der Aussiedler ist höher als bei früheren Gastarbeitern. Trotzdem indiziert die hohe Arbeitslosenquote von 26% erhebliche Probleme bei der beruflichen Integration. Das gilt besonders für Frauen, von denen trotz ihrer hohen Erwerbsbeteiligung in den Herkunftsländern nur 22% in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten. Was die deutschen Sprachkenntnissen angeht, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsländern der Aussiedler. Die höchste sprachliche Kompetenz haben Aussiedler aus Rumänien. Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen verfügen dagegen über deutlich geringere Deutschkenntnisse. Im siebten Kapitel werden prognostische Modelle über das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland vorgestellt. In allen Szenarien wächst die ausländische Bevölkerung aufgrund des Geburtenüberschusses der Ausländer. Bis zum Jahr 2030 ist allerdings eine Annäherung der Altersstruktur und Kinderzahl der ausländischen an die deutsche Bevölkerung zu erwarten. Im achten und letzten Kapitel mit dem Thema Migration, Integration, Politik wird die Zuwanderungsproblematik in der Vergangenheit und in der Zukunft im gesellschaftspolitischen Kontext betrachtet und bewertet. Insbesondere warnen die Autoren vor einer Politik, die zu einer wachsenden Zahl von Einwohnern „zweiter Klasse“ führt. Der Band führt verschiedene Facetten der Migration in die Bundesrepublik und der Lebensbedingungen von Zuwanderern in kompakter Form zusammen und stellt einen wichtigen Beitrag zur Sozialberichterstattung dar.

Rainer Münz, Wolfgang Seifert und Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Campus Verlag, Frankfurt/Main 1997, ISBN 3-593-35714-3, 203 S.

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel. 0621/1246-245

Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum

Eine Analyse aus der Lebensverlaufsperspektive

Die Wohnsituation gehört neben Einkommen und Vermögen zu den zentralen Aspekten der Wohlfahrtsposition eines Haushalts. Dabei ist nicht nur an Wohnungsgröße und -ausstattung zu denken, sondern auch an den Eigentümerstatus. Wohnungseigentümer verfügen im Durchschnitt nicht nur über größere und besser ausgestattete Wohnungen als Mieter, sondern genießen auch eher die Freiheit, die eigenen vier Wände nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Zudem verspricht Wohneigentum im allgemeinen langfristige Sicherheit - die Sicherheit vor Kündigung, Mietfreiheit im Alter und Sicherheit für die eigenen Kinder, an die das Wohneigentum weitergegeben werden kann. Und nicht zuletzt hat sich Wohneigentum in den vergangenen Jahrzehnten als sichere, im Wert steigende Vermögensanlage erwiesen. Wohnungseigentum ist allerdings in der Bevölkerung nicht gleich verteilt: Sowohl regionale und soziale Ungleichheiten sind zu beobachten. In Ostdeutschland liegt der Anteil der Eigentümer deutlich unter dem in Westdeutschland. Gleichzeitig ist Wohneigentum auf dem Lande, wo die Baulandpreise niedriger sind, weiter verbreitet als in Städten und vor allem Großstädten. Daneben steigt mit der Höhe des Haushaltseinkommens der Anteil der Eigentümer an. Gleichwohl gilt, daß Arbeiterhaushalte fast ebenso häufig über Wohneigentum verfügen wie Angestelltenhaushalte. Gleichzeitig ist Wohneigentum auf dem Lande, wo die Baulandpreise niedriger sind, weiter verbreitet als in Städten und vor allem Großstädten.¹

Nach Ergebnissen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe lebten im Jahr 1993 in Ostdeutschland 26% und in Westdeutschland 41% der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Dabei zeigen sich in beiden Landesteilen ähnliche Muster der Verteilung nach sozialrechtlicher Stellung und Haushaltseinkommen. Westdeutsche Beamte und Angestellte verfügen mit rund 54 Prozent nur wenig häufiger als Arbeiter mit 49 Prozent über Grundvermögen in Form von unbebauten Grundstücken, Gebäuden, Eigentumswohnungen oder sonstigen Gebäuden (vgl. Tabelle 1). In Ostdeutschland liegen die Arbeiter mit 30 Prozent gleich auf mit den Angestellten und Beamten. Spitzenreiter unter den Eigentümern sind in beiden Landesteilen erwartungsgemäß die Landwirte mit 88 bzw. 85 Prozent; ihnen folgen die Selbständigen mit 71 Prozent im Westen und 54 Prozent im Osten. Auch die Abhängigkeit von der Höhe des Haushaltseinkommens ist in Ost- wie Westdeutschland unübersehbar (vgl. Laue 1995). So verfügten in Westdeutschland 1993 nur 30 Prozent der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von unter 2500 DM über Grundvermögen, verglichen mit 54 Prozent der Haushalte mit 2500 bis unter 5000 DM und 80 Prozent derjenigen mit 5000 bis 35000 DM.

Im folgenden werden soziale Ungleichheiten im Zugang zum ersten Wohneigentum genauer beleuchtet. Die Analyse beschränkt sich auf die Geburtsjahrgänge 1929-31, 1939-41 und 1949-51 in Westdeutschland. Dabei wird eine Lebenslaufperspektive eingenommen, d.h. berücksichtigt, wann im Lebenslauf Wohneigentum erworben² wird. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Analysen: Haben sich die Chancen, Wohneigentum zu erwerben,

über die Jahrgänge der etwa 1930, 1940 und 1950 Geborenen verändert? Inwieweit folgt der Erwerb von Wohneigentum den bekannten Mustern von Ungleichheiten der Arbeitsmarktposition? Wird durch die Kumulation von Ressourcen innerhalb von Partnerschaften der Erwerb von Wohneigentum erleichtert? Konkret: Inwieweit erhöhen sich mit der Erwerbstätigkeit der Frau die Chancen auf Wohneigentum in einer Ehe? Und schließlich: Welche Rolle kommt der finanziellen und praktischen Unterstützung durch die eigenen Eltern zu? Datenquelle für die Analysen ist die Lebensverlaufsstudie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, in der An-

fang der 80er Jahre Angehörige der genannten Geburtsjahrgänge unter anderem zu ihrer Berufs-, Partnerschafts- und Wohnbiographie befragt wurden. Ergänzend werden Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) herangezogen.

Zunächst ist ersichtlich, daß sich zwischen den Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 im Hinblick auf Zeitpunkt und Umfang des Erwerbs von Wohneigentum nicht allzuviel geändert hat (vgl. Graphik 1). Freilich gilt, daß insbesondere die Kohorte 1950 nur für eine relativ kurze Zeitspanne, nämlich bis etwa zum 30. Lebensjahr beobachtet wurde.

Wohneigentum wird in der Regel von Ehepaaren erworben

Wohneigentum ist nach wie vor eine Domäne von Ehepaaren. Betrachtet man Personen ab ihrem 30. Lebensjahr, so finden sich vor allem in der Altersgruppe der 30-44jährigen bei den Ledigen nur selten Wohneigentümer (vgl. Tabelle 2). Allerdings scheinen Ledige in einem späteren Alter etwas aufzuholen. Daß besonders Ehepaare Wohneigentum anstreben, ist leicht nachvollziehbar: Zum einen werden durch das Zusammenlegen der Ressourcen zweier Personen die finanziellen und immateriellen Belastungen, die mit dem Erwerb von Wohneigentum entstehen, leichter tragbar. Zum anderen ist eine Ehe in aller Regel als langfristiges „Projekt“ angelegt, womit die meist langfristige Bindung an Wohneigentum ebenfalls erleichtert und gefördert wird. Und schließlich ist mit der Eheschließung oft auch die Familiengründung verbunden. Mit Kindern gibt es einen höheren Bedarf an Platz und ungestörten Entfaltungsmöglichkeiten (ohne Probleme mit Vermietern und Nachbarn) - ein Bedarf, der in den eigenen vier Wänden, insbesondere in einem Einfamilienhaus, meist besser gedeckt werden kann als in einer Miet-

Tabelle 1: Grundvermögen¹ nach beruflicher Stellung² 1993

	Landwirte	Sonstige Selbständ.	Angest./ Beamte	Arbeiter	Arbeitslos	Nicht erworbt.
alte Bundesländer	88	71	54	49	28	47
neue Bundesländer	(85)	54	30	30	22	23

Quelle: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 (Laue 1995)

Relative Anteile; in Klammern: unsichere Schätzung wegen niedriger Fallzahl

¹ Grundvermögen in Form von unbebauten Grundstücken, Gebäuden, Eigentumswohnungen und/ oder sonstigen Gebäuden.

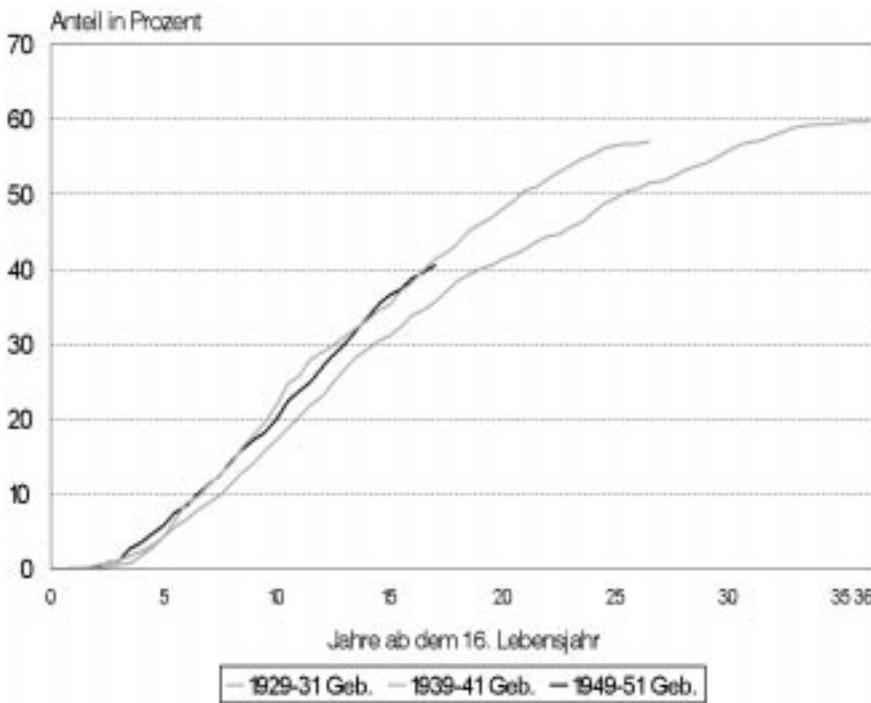
² Berufliche Stellung der Bezugsperson im Haushalt;

Tabelle 2: Familienstand und Wohneigentum (alte Bundesländer)

	verheiratet zusammenlebend	getrennt od. geschieden	verwitwet	ledig
30 bis 44 Jahre	54	20	(33)	21
45 bis 59 Jahre	66	36	51	31
60 Jahre u. älter	69	39	52	51

Datenbasis: ALLBUS 1994 u. 1996 (Kumulation); relative Anteile bezogen auf die Spalten, in Klammern, wenn Prozentuierungsbasis n < 30.

Graphik 1: Erwerb von Wohneigentum nach Geburtskohorten



Quelle: Lebensverlaufsstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; Sterbetafelschätzung

wohnung. Familien mit Kindern bildeten zudem seit jeher die zentrale Zielgruppe der bundesrepublikanischen Eigenheimförderung.

Für die Angehörigen der Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 zeigt sich, daß ein großer Teil der Ehepaare im Monat der Heirat in das gemeinsame Wohneigentum zieht (vgl. Graphik 2). Gleichzeitig sind große Stadt-Land-Unterschiede erkennbar, wobei die Wahrscheinlichkeit unmittelbar mit der Heirat in Wohneigentum zu ziehen, für Paare, die in einem Dorf leben, etwa 3 mal so hoch ist wie für Paare in Großstädten³.

Der Erwerb von Wohneigentum bei Arbeitern und Angestellten

Noch immer ist es die Arbeitsmarktposition des Mannes, die die Wohlstandsposition eines Ehepaars und einer Familie primär bestimmt. Das erzielte Einkommen ist entscheidend dafür, welche Sparleistungen erbracht werden können und beeinflußt damit, wie wahrscheinlich der Erwerb von Wohneigentum ist. Doch Einkommen und angespartes Geldvermögen sind nicht die einzigen zentralen Ressourcen: Wer über eigene handwerkliche Fertigkeiten verfügt, kann fehlende Geldressourcen für den Hausbau durch Eigenarbeit zum Teil ersetzen. Besonders günstig ist die Lage dann, wenn Haushalte auch auf die praktische Unterstützung durch Verwandte, Freunde und Nachbarn zurückgreifen können. Solche Voraussetzungen sind vor allem im traditionellen Arbeitermilieu und in ländlichen Gegenden zu finden (vgl. Häußermann und Siebel 1996). Die Aufgliederung nach sozialrechtlicher Stellung macht deutlich, daß es in den untersuchten Geburtsjahrgängen tatsächlich nur geringe Dif-

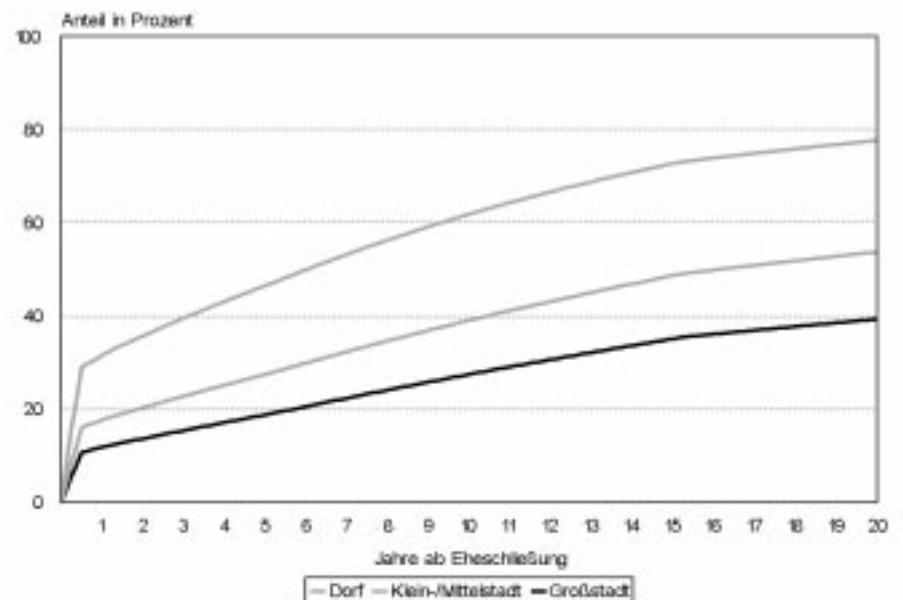
ferenzen im Erwerb von Wohneigentum zwischen Arbeitern und Angestellten/Beamten gibt (vgl. Graphik 3). Wird aber neben der sozialrechtlichen Stellung der Wohnort (Dorf/Klein- oder Mittelstadt/Großstadt) berücksichtigt, zeigt sich, daß Angestellte und Beamte im allgemeinen in höherem Ausmaß Wohneigentum verwirklichen können als Arbeiter. Die Tatsache, daß Arbeiter etwas häufiger als Angestellte und Beamte auf dem Lande wohnen, wo Wohneigentum preiswerter und die Unterstützung durch Angehörige und Nachbarn beim Hausbau vermutlich verbreiteter ist,

bringt im Aggregat das Ergebnis einer in etwa gleich hohen Wahrscheinlichkeit für Wohneigentum hervor.

Neben den abhängig Beschäftigten heben sich die selbständigen Landwirte und auch die sonstigen Selbständigen mit einer stark erhöhten Wahrscheinlichkeit, Wohneigentum zu erwerben, hervor (Graphik 3). Da vor allem für die Landwirte (in Westdeutschland) der Besitz und die Bindung an Grundeigentum konstitutiv ist, ist die überaus hohe Häufigkeit von Wohneigentum bei den Landwirten im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen nicht erstaunlich.

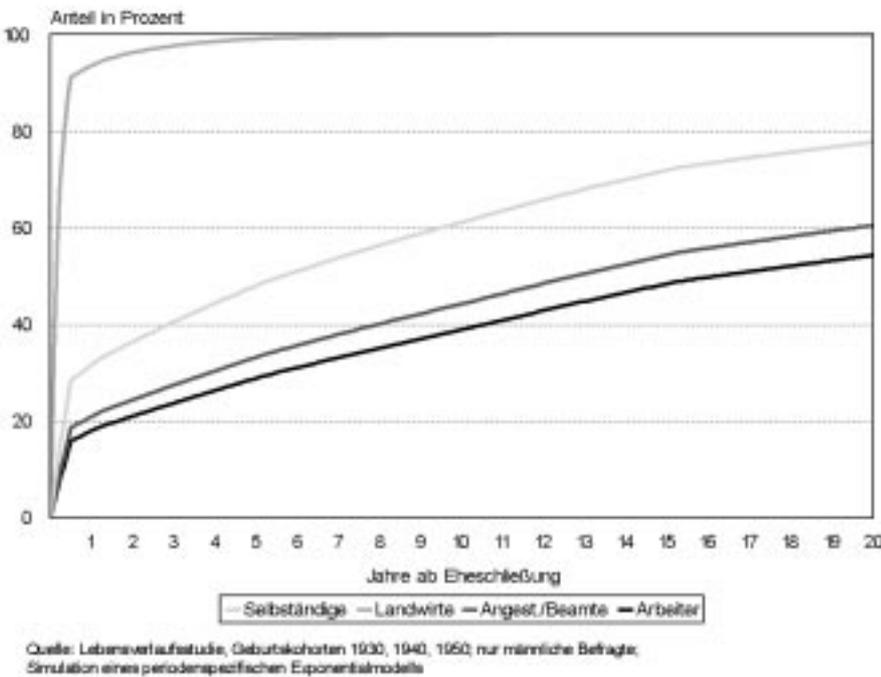
Die Bedeutung des Erwerbseinkommens für den Erwerb eines eigenen Hauses bei den abhängig Beschäftigten ist erkennbar, wenn die berufliche Stellung stärker aufgliedert und der Einfluß des Wohnortes berücksichtigt wird (vgl. Graphik 4). Die Verlierer sind die un- und angelernten Arbeiter, die weitaus seltener als alle anderen Gruppen den Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen können. So erwerben von den un- und angelernten Arbeitern (mit durchgehender Berufstätigkeit in dieser Position) laut Modellschätzung nur 24 Prozent innerhalb der ersten 10 Ehejahre Wohneigentum. Eine Mittelposition nehmen die Facharbeiter sowie die einfachen und mittleren Angestellten und Beamten ein, für die nach 10 Ehejahren eine Eigentumsquote von 38 bzw. 37 Prozent geschätzt wird. Besonders gut stellen sich schließlich die gehobenen und höheren Angestellten/Beamten mit ca. 48 Prozent, wengleich auch von ihnen seltener Wohneigentum erworben wird als von den Selbständigen und den selbständigen Landwirten. Die Ergebnisse für die abhängig Beschäftigten deuten auch darauf hin, daß sich mehrere Effekte überlagern: Zwar scheint Einkommen eine wichtige Ressource darzustellen, um Wohneigentum realisieren zu können, doch

Graphik 2: Erwerb von Wohneigentum nach Ehedauer und Wohnort



Quelle: Lebensverlaufsstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; nur männliche Befragte; Simulation eines periodenspezifischen Exponentialmodells

Graphik 3: Erwerb von Wohneigentum nach beruflicher Stellung



Kompensationsmöglichkeiten etwa durch eigene handwerkliche Fertigkeiten spielen offenbar ebenso eine Rolle. Denn Facharbeiter, die im Durchschnitt über niedrigere Einkommen als einfache und mittlere Angestellte und Beamte verfügen, erwerben ähnlich häufig Wohneigentum wie diese. Ähnliches gilt für Vorarbeiter und Meister im Vergleich zu den gehobenen und höheren Angestellten und Beamten.

Die Erwerbstätigkeit der Ehefrau - ein Weg, um die Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen

Das Alleinverdienermodell - erwerbstätiger Ehemann/nichtberufstätige Frau - war in den hier untersuchten Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 noch typisch. Wenn Frauen trotzdem berufstätig wurden, hatte dies vermutlich ganz unterschiedliche Gründe. Eine Motivation könnte darin bestanden haben, durch die Berufstätigkeit der Frau die Sparmöglichkeiten des Haushalts und damit seine Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen. Die Ergebnisse der Lebensverlaufsstudie unterstützen diese Vermutung: Wenn die Ehefrau berufstätig ist, steigt die Wahrscheinlichkeit des Erwerbs von Wohneigentum sowohl bei Angestellten wie bei Arbeitern deutlich an (vgl. Graphik 5). Offensichtlich ist aber auch, daß Paare, bei denen der Mann Arbeiter und die Ehefrau (als Angestellte od. Arbeiterin) berufstätig ist, ebenso häufig die eigenen vier Wände realisieren wie Paare, bei denen der Mann Angestellter und die Frau nicht berufstätig ist. (Die geschätzten Verläufe sind für die beiden Gruppen gleich.) Haushalte, in denen der Mann Arbeiter ist, scheinen damit stärker auf die Berufstätigkeit der Frau angewiesen zu sein, um Wohneigentum zu verwirklichen, als Angestelltenhaushalte.

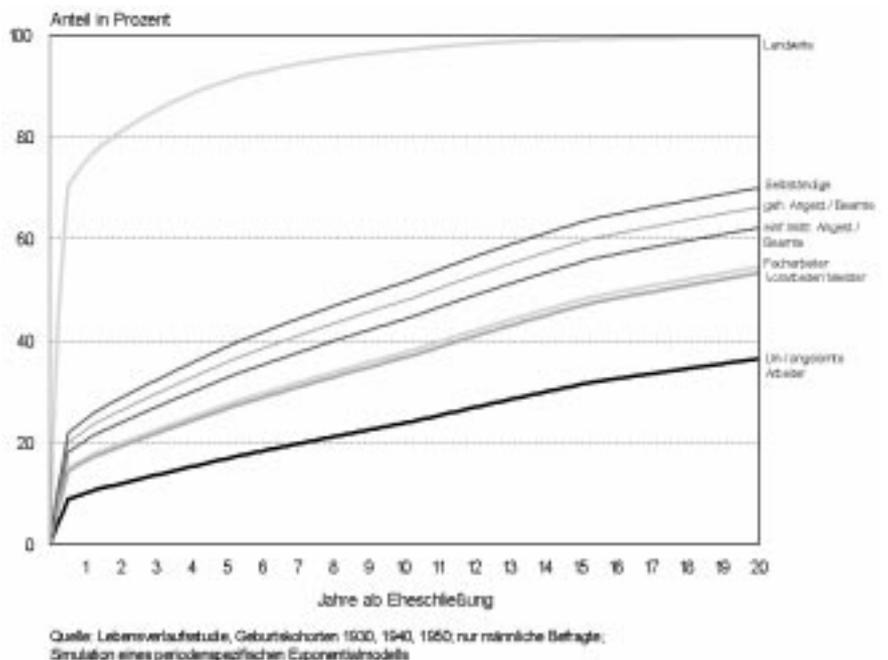
Transfers über die Generationen sind wichtig

Nicht nur innerhalb von Partnerschaften wird über das Zusammenlegen von Ressourcen die Chance auf den Erwerb von Wohneigentum erhöht. Auch innerhalb von Familien - von einer Generation zur nächsten - wird Geld- und Grundvermögen weitergegeben und andere praktische Unterstützung geleistet. Die genauen Mechanismen hierfür können mit den Daten der Lebensverlaufsstudie nicht untersucht werden, doch die Relevanz von intergenerationalen Transfers ist gleichwohl klar erkenn-

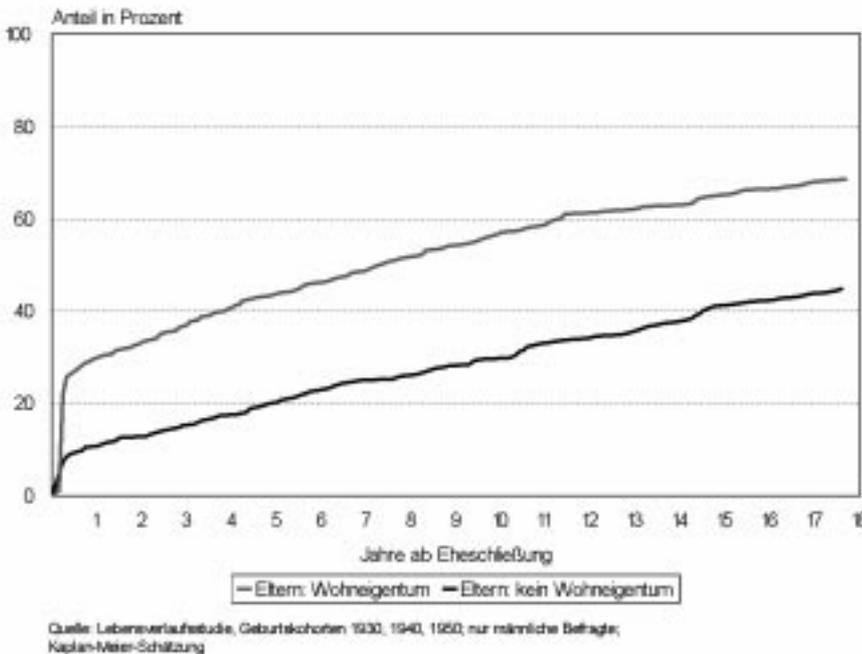
bar. Personen, die in Wohneigentum aufgewachsen sind, haben eine deutlich erhöhte Wahrscheinlichkeit ebenfalls Wohneigentum zu erwerben (vgl. Graphik 6). Nach 10 Ehejahren haben 57 Prozent von ihnen bereits Wohneigentum erworben, Personen, die nicht in Wohneigentum aufgewachsen sind, hingegen nur zu 30 Prozent. Für die große Differenz können zum einen Sozialisationseffekte verantwortlich sein: Wer im eigenen Haus groß geworden ist, wird möglicherweise später eigenes Wohneigentum für erstrebenswerter halten, als jemand, der in einer Mietwohnung aufgewachsen ist. Zum anderen ist anzunehmen, daß Eltern, die Wohneigentum besitzen, eher in der Lage sind, über Geld- und Vermögenstransfers ihre Kinder beim eigenen Hauswerb zu unterstützen. Der in der Graphik sichtbare starke Effekt des elterlichen Wohneigentums schwächt sich leicht ab, wenn der Wohnort berücksichtigt wird: Befragte, deren Eltern Wohneigentum hatten, wohnen überdurchschnittlich häufig auf dem Land, wo der Erwerb von Wohneigentum einfacher ist als in der Stadt.

Doch nicht nur das Wohneigentum der Eltern, sondern auch die berufliche Stellung des Vaters scheint eine Rolle zu spielen. Hier zeigt sich nun nicht, daß Kinder schlechter verdienender Väter seltener Wohneigentum erwerben, sondern umgekehrt, daß Arbeiterkinder etwas häufiger als Kinder von Angestellten und Beamten in der Lage sind, Wohneigentum zu realisieren (vgl. Graphik 7). So sind etwa 44 Prozent der Arbeitersöhne, aber nur 34 Prozent der Angestellten- und Beamtenöhne bis zum 10. Eheschließungsjahr in Wohneigentum gezogen. Die unterschiedliche Richtung des Effektes der beruflichen Stellung in der Eltern- und Kindergeneration deutet darauf hin, daß für die Verwirklichung von Wohneigentum

Graphik 4: Erwerb von Wohneigentum nach beruflicher Stellung (detailliert)



Graphik 6: Erwerb von Wohneigentum und Wohneigentum der Eltern



nicht nur die eigenen Einkommensressourcen von Bedeutung sind, sondern ebenso familiäre Unterstützungsleistungen: In Deutschland gibt es im Arbeitermilieu eine lange Tradition, sich den Traum von den eigenen vier Wänden über Eigenarbeit und wechselseitige verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Unterstützung zu erfüllen (vgl. Häußermann und Siebel 1996). Interessant ist insbesondere, daß sich der Effekt für Arbeiterkinder auch unabhängig davon zeigt, ob die eigenen Eltern Wohneigentum besessen haben, sowie unabhängig von der eigenen beruflichen Stellung des Befragten⁴. Vergleicht man den Einfluß des Vaterberufes mit dem der eigenen Arbeitsmarktposition läßt sich feststellen, daß die eigene Position etwas bedeutsamer ist. Wird allerdings der Wohnort berücksichtigt, schwächt sich der Effekt des Vaterberufes ab. Damit sind es insbesondere die Arbeiterkinder in ländlichen Gegenden, die von der Einbindung in die Herkunftsfamilie profitieren können. Vergleicht man den Einfluß des Vaterberufes mit dem der eigenen Arbeitsmarktposition läßt sich feststellen, daß die eigene Position etwas bedeutsamer ist. Wird der Wohnort berücksichtigt, schwächt sich der Effekt des Vaterberufes weiter ab. Damit sind es insbesondere die Arbeiterkinder in ländlichen Gegenden, die von der Einbindung in die Herkunftsfamilie profitieren können.

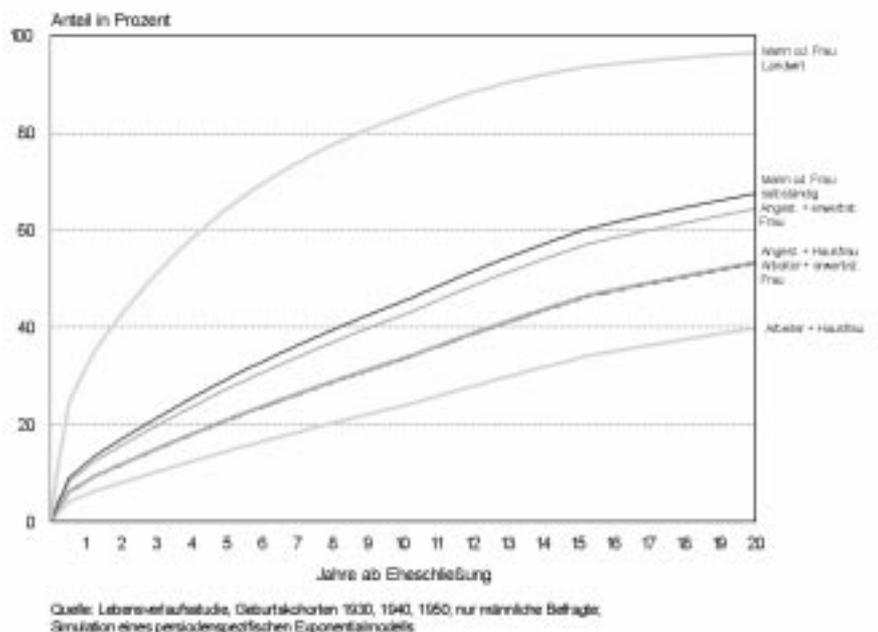
Insgesamt ist damit für die Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 festzuhalten, daß Wohneigentum von Ehepaaren und in ländlichen Gegenden häufiger erworben wird als von Ledigen und Stadtbewohnern. Gleichzeitig treten klare soziale Ungleichheiten hervor: Wie zu erwarten, bilden Landwirte und sonstige Selbständige die Gruppe, die sich durch die höchsten Eigentümerquoten auszeichnet. Darüber hinaus ist zu beobachten, daß die Wahrscheinlichkeit für Wohneigentum mit der be-

ruflichen Stellung (und damit dem Einkommen) ansteigt. Ein zentraler Befund ist, daß un- und angelernte Arbeiter seltener als alle anderen Gruppen in der Lage sind, Wohneigentum zu verwirklichen. Eine Möglichkeit, die Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen, ist die Erwerbsbeteiligung der Ehefrau. Wichtiger noch ist aber die Unterstützung durch die Elterngeneration: Die Chancen der Kinder auf Wohneigentum steigen erheblich an, wenn die Eltern selbst im Besitz von Wohneigentum sind (oder waren). Zusätzlich scheint in Arbeiterfamilien, d.h. dann, wenn der Vater Arbeiter ist (oder war), mehr daran gesetzt zu werden, daß die Kinder die eigenen vier Wände verwirklichen können. Damit ergibt sich

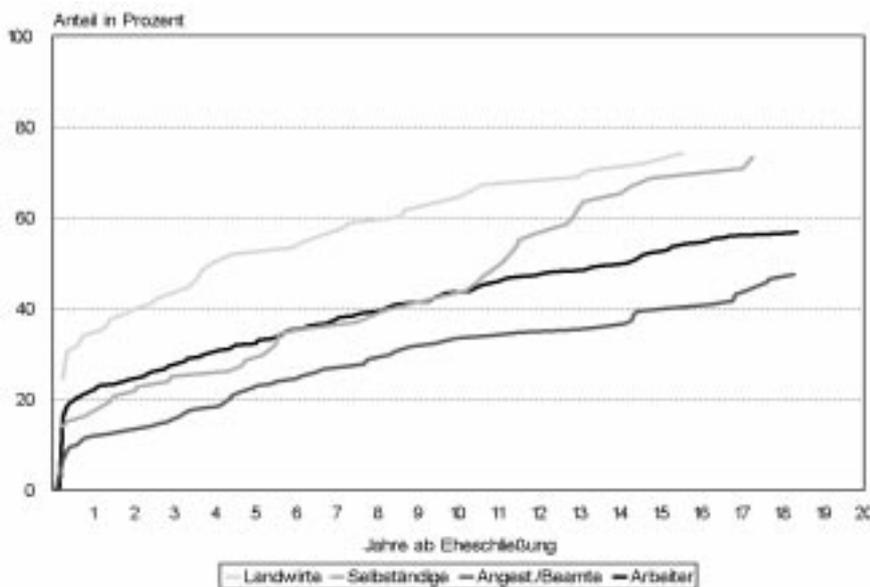
insgesamt das Bild, daß soziale Ungleichheiten im Besitz von Wohneigentum zwar Ungleichheiten der Arbeitsmarktposition folgen, daß aber gleichermaßen intergenerationale Transfers und die Einbindung in bestimmte Milieustrukturen von Bedeutung sind.

- 1 Im folgenden werden Ergebnisse aus dem Teilprojekt B6, „Soziale Ungleichheit und Haushaltsdynamik im internationalen Vergleich“, Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf“, Universität Bremen, berichtet. Ein detaillierterer Forschungsbericht ist bei der Autorin erhältlich.
- 2 In der für die Analysen verwendeten Lebensverlaufsstudie wurde nur erfaßt, ab welchem Zeitpunkt die befragte Person in Wohneigentum lebt, die Art (über Erbschaft, Kauf usw.) und auch der Zeitpunkt des Erwerbs hingegen nicht. Im folgenden wird vereinfachend davon ausgegangen, daß der Einzugsmonat gleich dem Monat des Erwerbs ist.
- 3 Graphik 2 wie auch die folgenden Graphiken 3, 4 und 5 basieren auf periodenspezifischen Exponentialmodellen zur Vorhersage des Übergangs zum ersten Wohneigentum. Die in der Graphik präsentierten Prozentanteile geben die Schätzergebnisse für die Situation wieder, daß Personen durchgehend ab Beginn der Ehe an einem Wohnort bestimmten Typs wohnen bleiben. Im Modell selbst wurde berücksichtigt, daß Personen möglicherweise im Laufe ihrer Ehe ihren Wohnort wechseln. Analog wurde auch bei den Graphiken 3, 4 und 5 und den zugrunde liegenden Modellen verfahren. Informationen zu technischen Details sind von der Autorin erhältlich.
- 4 Zudem ist in detaillierteren Analysen er-

Graphik 5: Erwerb von Wohneigentum und Berufstätigkeit der Ehefrau



Graphik 7: Erwerb von Wohneigentum und berufliche Stellung des Vaters



Quelle: Lebensverlaufstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; nur männliche Befragte; Kaplan-Meier-Schätzung

kennbar, daß Söhne, deren Väter un- oder angelernte Arbeiter waren, keine schlechteren Chancen haben, Wohneigentum zu erwerben, als Söhne, deren Väter Facharbeiter oder Meister waren.

Laue, E., 1995, Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 7, S. 488-497.

Scheewe, P., 1995, Wohnsituation der Haushalte. Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 10, S.746-751.

Häußermann, H.; Siebel, W., 1996: *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim/München.

■ Karin Kurz, Universität Bremen
Tel. 0421/218-7032

Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung

Ein Tagungsbericht

Am 19. und 20. März 1998 fand eine gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg (LWBB) und der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zum Thema Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung in den Räumen des WZB in Berlin statt. Die Tagung wurde von Roland Habich (WZB), Heinz-Herbert Noll (ZUMA) und Jürgen Schupp (DIW/LWBB) organisiert und geleitet.

Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Längsschnittuntersuchungen steht die Sozialberichterstattung, als problem- und anwendungsorientierte Disziplin, vor der Herausforderung, die individuelle Längsschnittperspektive in ihre Darstellungsformen einzubeziehen. Die Tagung diente dazu, Datengrundlagen, Ergebnisse und Forschungsprobleme aus dem Bereich individueller Längsschnittdaten im Hinblick auf eine Verwendung für die Sozialberichterstattung zu präsentieren und zu diskutieren. An zwei Tagen wurden insgesamt zwanzig Referate gehalten.

Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten Beiträge zum Problembereich Arbeitsmarkt. Zur Eröffnung erläuterten Roland Ha-

bich, Heinz-Herbert Noll und Jürgen Schupp die Ziele der Tagung. Danach referierten Simone Kreher und Sabine Henneberger über „Kontinuität und Wandel – Ein Problem der Generationen“. „Individuelle Dynamik der unterwertigen Erwerbstätigkeit in Deutschland“ war das Thema von Felix Büchel. Danach informierte Erwin Zimmermann über das neue Schweizer Haushalts-Panel. Josef Preißler und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer stellten eine „Untersuchung zu Strategien zur Analyse von Arbeitslosigkeitsrisiken unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse von Niedrigbildung“ vor, und ein Beitrag von Frank Wießner hatte das Thema: „Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit – Förderung mit Überbrückungsgeld durch das Arbeitsamt“. Michael Mibs und Gerhard Schön präsentierten Analysen zur Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Längsschnittvergleich und Stefan Bender und Wolfgang Seifert lieferten Beispiele für „dynamische“ Arbeitsmarktindikatoren aus der IAB-Beschäftigtenstichprobe. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein Beitrag von Joachim Frick und Jürgen Schupp zur Analyse von Arbeitslosigkeit mithilfe von Quer- und Längsschnittindikatoren.

Dirk Konietzka und Peter Sopp eröffneten den zweiten Tag der Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema: „Gespaltenen Arbeitsmarkt

– ausgeschlossene Individuen“. Danach standen andere Themenbereiche der Sozialberichterstattung im Vordergrund. Roland Habich und Zsolt Spéder (Budapest) referierten über das längsschnittbezogene Wohlfahrtsprogramm – Probleme und Perspektiven. Peter Krause (Berlin) berichtete anhand empirischer Beispiele über Perspektiven längsschnittbezogener Armutsberichterstattung. Der Vormittag endete mit einem Beitrag von Martin Mussong zu „Längsschnittinformationen und Äquivalenzskalen“.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes als Datenbasis für die Analyse längsschnittbezogener Fragestellungen wurde im ersten Beitrag des Nachmittags von Uwe Fachinger vorgestellt. Martin Schöllkopf berichtete danach über Längsschnittdaten zur Entwicklung der Versorgungssituation in der Altenpflege und Markus Grabka (Berlin) präsentierte Analysen zum Thema „Streß und Ressourcen: Welche Wirkung haben Ressourcen nach dem Eintritt eines Lebensereignisses?“ Danach referierten Wolfgang Voges und Christina König über somatische und soziale Determinanten von Mortalität – Möglichkeiten der Sozialberichterstattung anhand von Krankenkassendaten. Den Abschluß der Tagung bildete ein Beitrag von Stefan Weick zu individuellen Anspruchsniveaus und Zufriedenheitsbewertungen im Längsschnitt.

■ Stefan Weick, ZUMA
Tel. 0621/1246-245

Umweltbewußtsein in Europa - ähnliche Probleme, unterschiedliches Verhalten

Die Fragen zu Umweltbelangen verschiedenster Art - sei es die Entsorgung atomarer Brennstäbe oder die Maßnahmen gegen Luftverunreinigungen - sind schon lange Fragen, die nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene angegangen werden. Dazu gibt es in Europa seit den siebziger Jahren Programme zur Verbesserung der Umweltsituation, in deren Rahmen auch Umweltberichtssysteme zum „monitoring“ der Umweltsituation entwickelt wurden. Daß die Umwelt ein gesamteuropäisches Aufgabenfeld darstellt, ist nicht nur Meinung der Politiker. Auch die Befragten des Eurobarometers waren 1995 immerhin schon zu mehr als zwei Dritteln der Ansicht, daß der Schutz der Umwelt eine Aufgabe sei, die auf der Ebene Europa angegangen werden sollte und nicht mehr nur auf nationaler Ebene zu lösen sei. Im Rahmen der europaweiten Umfrage „Eurobarometer“, in der regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Themen befragt werden, wurden seit 1982 fünfmal auch Fragen zur Umwelt und zum Umweltschutz gestellt. Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt und die Unterschiede zwischen den Befragten in den Ländern der Europäischen Union stehen im Vordergrund dieses Beitrags. Ausgehend von der allgemeinen Frage der Wichtigkeit von Umweltschutz gilt ein besonderes Augenmerk den Informationsquellen, die die Befragten für Umweltschutz wahrnehmen und vor allem der Glaubwürdigkeit, die diese Quellen besitzen. Die Besorgnis über ausgewählte Umweltprobleme wird schließlich vom großen zum kleinen Maßstab hin, d.h. von der lokalen über die nationale bis hin zur globalen Ebene analysiert. Inwieweit sich die Sorge um Umweltprobleme auch in umweltbewußtem Verhalten niederschlägt und ob die Befragten bereit wären, gar wirtschaftliche Einbußen oder eine Ökosteuer hinzunehmen, wird am Ende des Beitrags diskutiert.

Der subjektive Stellenwert, den die Bevölkerung einem Problem beimißt, stellt einen zentralen Indikator für die gesamtgesellschaftliche Relevanz dieses Problems dar. Vor allem durch das Entstehen neuer Problemlagen, wie z.B. Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern der Bundesrepublik, können sich die Wichtigkeiten anderer Probleme verschieben. Umgekehrt deutet eine über Jahre hinweg anhaltende hohe Wichtigkeit eines Problems darauf hin, daß es zentralen Stellenwert für die Betroffenen besitzt und von den politisch Verantwortlichen ernst genommen werden sollte. Vergleicht man über die Jahre hinweg, ob Umweltschutz für die Befragten in den europäischen Ländern ein dringendes Problem ist, so zeigt sich, daß der Anteil derer, die im Eurobarometer dieser Meinung waren, von 1986 im europäischen Durchschnitt mit 70 Prozent auf 82 Prozent im Jahr 1995 angestiegen ist, wobei dieser Anstieg nicht stetig erfolgte (vgl. Tabelle 1). Über alle vier Jahre, für die Daten zu dieser Frage vorliegen (1986, 1988, 1992, 1995), erreichen die Mittelmeerländer Griechenland und Italien die höchsten Werte. Bereits 1986 waren 84 Prozent der griechischen Befragten (EU-Durchschnitt 70) und 85 Prozent der italienischen Befragten der Ansicht, daß der Umweltschutz ein dringendes Problem sei. Und auch 1995 stimmten sogar 97 Prozent der Befragten in Griechenland und 89 Prozent der Befragten in Italien dieser Aussage zu. Dagegen waren 1986 nur etwas mehr als die Hälfte der französischen Befragten und knapp 60 Prozent der irischen und nordirischen Befragten der Meinung, daß Umweltschutz zu den drin-

genden Problemen zähle. Zwischen den Befragungszeitpunkten 1988 und 1992 hat jedoch in Frankreich offensichtlich eine deutliche Sensibilisierung zum Thema Umweltschutz stattgefunden. Der Anteil derjenigen, die Umweltschutz für wichtig halten, stieg von knapp 60 Prozent auf 80 Prozent an. Aber auch in anderen Ländern, wie z.B. in Spanien, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Nordirland stieg besonders in diesem Zeitraum

von 1988 bis 1992 dieser Anteil um 10 bis 15 Prozentpunkte. Doch gerade in diesen Ländern, in denen der Anstieg besonders groß war, ist er im Zeitraum bis zur letzten Befragung 1995 wieder zurückgegangen. Im Mittel der europäischen Länder stabilisiert sich zwischen 1992 bis 1995 der Anteil derer, die Umweltschutz als ein wichtiges Problem ansehen, bei etwas mehr als 80 Prozent. Ein deutlicher Rückgang von 84 Prozent 1992 ist in Belgien auf 62,5 Prozent 1995 zu beobachten. Doch auch in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und den neuen Ländern der Bundesrepublik ging der Anteil derer zurück, die Umweltschutz als ein dringendes Problem erachten. Sowohl was die absolut niedrigen Anteile in Irland, Nordirland und Portugal angeht als auch was den relativen Rückgang in den neuen Ländern Deutschlands anbelangt, so kann vermutet werden, daß es andere „Problembereiche“ des öffentlichen Lebens gibt (wie z.B. Probleme des Arbeitsmarktes oder andere wirtschaftliche Probleme), die den Befragten dringender erscheinen als Umwelt. Besonders wenn die Wichtigkeit der Umweltprobleme im Fragentext den anderen Problemen direkt gegenübergestellt wird, kann dieser Effekt beobachtet werden¹

Parteien und Industrie zum Thema Umwelt wenig glaubwürdig

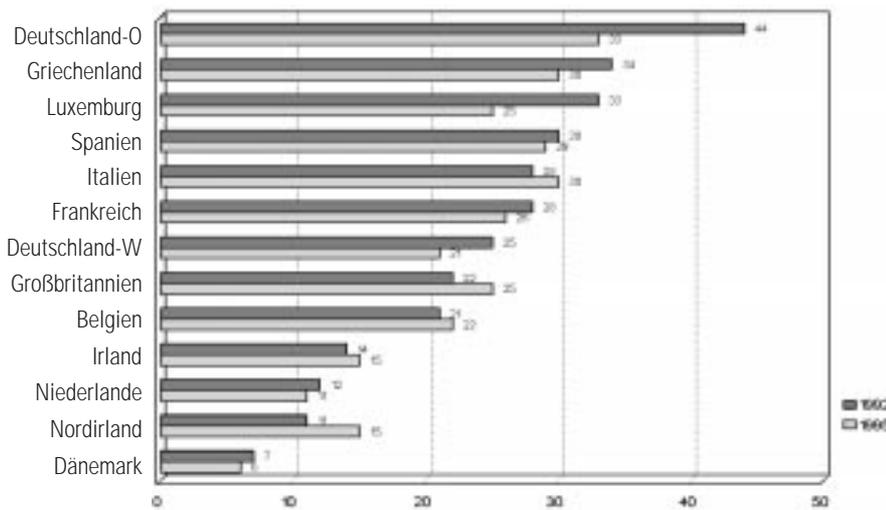
Da zur Meinungsbildung und zur Entwicklung des Problembewußtseins Informationen notwendig sind, stellt sich die Frage, auf welchen Gebieten sich die Europäerinnen und Europäer gut informiert fühlen und zu welchen Gebieten sie gerne mehr Informationen besitzen würden. Auch bei dieser Frage ist in dem Zeitraum zwischen 1988 und 1992 ein deutlicher Anstieg des Interesses in allen europäischen Ländern zu erkennen. Während in den achtziger Jahren maximal knapp die Hälfte der Befragten mehr über die Risiken der im Handel

Tabelle 1: Anteil der Befragten, die angaben, daß Umweltschutz ein dringendes, unmittelbares Problem sei

Nation	1986	1988	1992	1995
Griechenland	84	82	97	97
Deutschland-O			94	88
Italien	85	86	90	90
Luxemburg	83	84	85	88
Deutschland-W	80	84	88	83
Dänemark	77	82	87	86
Spanien	72	74	82	83
Portugal	71	64	74	80
Großbritannien	67	68	82	80
Niederlande	63	65	84	80
Belgien	63	73	84	63
Nordirland	59	56	72	72
Irland	56	63	70	76
Frankreich	56	59	80	77
EU-Mittel	70	73	84	82

Fragentext: Viele Menschen machen sich Sorgen um den Schutz der Umwelt und den Kampf gegen die Umweltverschmutzung. Ist dies Ihrer Meinung nach a) ein dringendes unmittelbares Problem, b) mehr Problem der Zukunft oder c) eigentlich gar kein Problem.

Quelle: Eurobarometer

Graphik 1: Anteil der Befragten, die große Klagen über das Verkehrsaufkommen äußerten

Fragentext: Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben. Haben Sie bei den folgenden Dingen, die ich Ihnen gleich vorlese, Grund zur Klage? Haben Sie sehr großen Grund, ziemlich großen Grund, ziemlich großen Grund, weniger Grund oder überhaupt keinen Grund zur Klage Verkehrsaufkommen.

Quelle: Eurobarometer

befindlichen chemischen Produkte wissen wollte, so stieg dieser Anteil auf weit über 80 Prozent 1992. Noch stärker - von 25 Prozent auf über 80 Prozent - sind die Wünsche nach mehr Informationen zur Beseitigung von Sondermüll im eigenen Haushalt oder zum Verhalten bei einem Industrieunfall gestiegen. Besonders in Frankreich und Spanien waren mehr Informationen zu zahlreichen Themen gewünscht, während sich in Dänemark und in den Niederlanden „nur“ 60 bis 70 Prozent der Befragten mehr Informationen zu verschiedenen Umweltthemen wünschen.

Besonders große Informationswünsche bestehen zum Thema Kernenergie. Hier stieg der Anteil derer, die in Europa besser über Kernenergie informiert sein möchten als bisher, von 30 Prozent 1986 auf 82 Prozent 1992. In Frankreich, Spanien und Griechenland erreichten die Anteile derer, die gerne mehr Informationen besäßen, sogar Werte von über 88 Prozent. Hier scheint die öffentliche Diskussion für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichende Informationen zu liefern. Dagegen wünschten sich 1992 „nur“ 78 Prozent der Befragten in Deutschland mehr Informationen zur Kernenergie. Besonderen Stellenwert besitzt die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Informationsquellen, da für viele Problemereiche der Umwelt die eigene (Sinnes-)Wahrnehmung nicht ausreicht und die Personen in hohem Maße auf verlässliche Informationsquellen angewiesen sind. „Welche Informationsquellen sagen Ihrer Meinung nach die Wahrheit über den Zustand der Umwelt?“ lautet die Frage, die diesen Bereich umfaßt. Die größte Glaubwürdigkeit haben Umweltschutzorganisationen, die 1995 von immerhin 35 Prozent der Befragten als die vertrauenswürdigste Informationsquelle genannt wurden. Ihnen folgen in der Glaubwürdigkeit Wissenschaftler mit 19 Prozent und Verbraucherverbände mit 14 Prozent. Noch

weniger glaubwürdig sind die Industrie und die politischen Parteien, die nur 0,3 Prozent bzw. 0,9 Prozent der Befragten für die vertrauenswürdigste Informationsquelle halten. Besonders großes Vertrauen besitzen Umweltschutzorganisationen in Deutschland und Österreich, wo über 40 Prozent der Befragten sie für die glaubwürdigsten Informationsquelle halten. Die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler hinsichtlich der Informationen über Umwelt ist mit mehr als einem Viertel aller Nennungen besonders hoch in den skandinavischen Ländern. Bedenklich sind die extrem niedrigen Werte der Glaubwürdigkeit der „Öffentlichen Stellen“ mit nur knapp 4 Prozent und der Politiker, besonders, wenn man berücksichtigt, daß bei den Politikern viel Entscheidungskompetenz in Umweltbelangen angesiedelt ist.

Griechen besonders besorgt um Umwelt

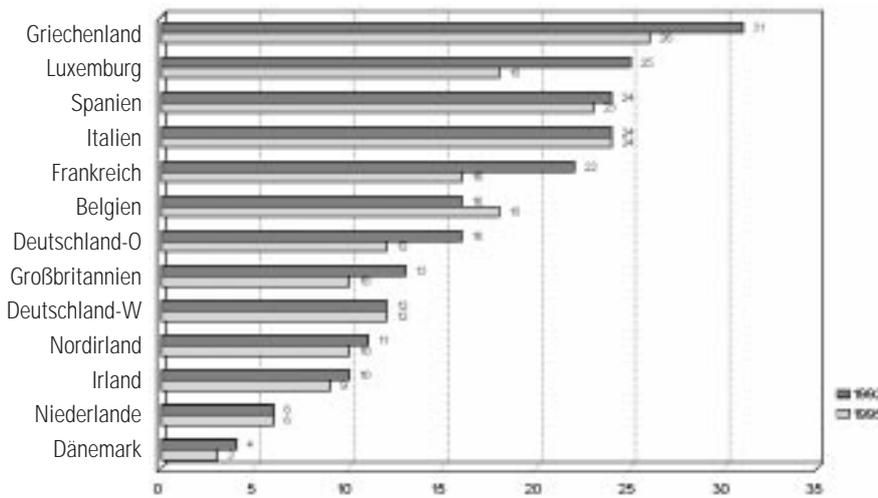
Das direkt erlebte Umfeld, die Wohnungsbau und der Wohnort ist die Ebene, auf der Umweltprobleme den betroffenen Menschen am stärksten deutlich werden. Dies sind die spürbaren und wahrnehmbaren Beeinträchtigungen durch Lärm, Luftverschmutzungen, Mangel oder Verunreinigung des Trinkwassers, der Mangel an Grünflächen oder die Landschaftszerstörung. Die Zerstörung der Landschaft in der Umgebung des eigenen Wohnortes ist das lokale Umweltproblem, das von den 1982 eingeführten Fragen bis 1992 das wichtigste Problem darstellt: Über 13 Prozent der Befragten äußern große Klagen über die Landschaftszerstörung. Erst 1995 erreichen die Anteile derjenigen, die große Klagen über die Luftverschmutzung an ihrem Wohnort anmelden, ähnlich hohe Werte. Die 1992 neu eingeführte Frage nach Klagen über das Verkehrsaufkommen übertrifft jedoch alle anderen Probleme: Über 20 Prozent der Befragten äußerten darüber große Klagen, d.h. fühlten sich in

ihrer unmittelbaren Umgebung von dem Verkehr (d.h. Lärm, Abgase usw.) beeinträchtigt.

Es bestehen große Unterschiede zwischen den Nationen dahingehend, welches Umweltproblem den jeweiligen Befragten in ihrem Lebensumfeld die größten Sorgen bereitet. Zum Teil sind die lokalen Umweltprobleme auch durch unterschiedliche naturräumliche und klimatische Voraussetzungen und damit auch unterschiedliche „natürliche“ bzw. physische Bedingungen des Landes vorgegeben. So wundert nicht, daß in den heißen Mittelmeerländern Griechenland, Spanien und Italien Probleme mit dem Trinkwasser eine größere Rolle spielen als in Skandinavien, den Niederlanden oder Großbritannien und Irland. In den Mittelmeerländern werden in allen Erhebungsjahren mit über 20 Prozent doppelt so hohe Werte zu Problemen mit der Reinheit des Trinkwassers erreicht als im EU-Durchschnitt. Die Lärmbelästigung scheint in Griechenland ein großes Problem zu sein: Knapp ein Viertel aller Befragten äußern dahingehend große Klagen, während nur 10 Prozent der Europäer/-innen Lärm als großes Problem erachten. Auch bei der Luftverschmutzung und dem Verkehrsaufkommen sind es die griechischen Befragten, die mit knapp 30 Prozent der Befragten die größten Klagen in Europa äußerten. Es kann durchaus möglich sein, daß in diesem Falle ein Zusammenhang zwischen dem Umweltproblem Verkehr - als Ursache - und den Umweltproblemen Luftverschmutzung und Lärm - als Ergebnis des Verkehrs - besteht. Daß eine hohe Sensibilisierung in diesem Bereich in Griechenland festzustellen ist, könnte möglicherweise auch mit den Smogereignissen zusammenhängen, die im Großraum Athen gerade in den Sommermonaten zu wahrnehmbaren Beeinträchtigungen führten. Abgesehen von dem Wintersmog, der aus London bekannt ist und sich wieder verringert hat, ist Athen eine der ersten europäischen Metropolen gewesen, in der durch Smog massive Beeinträchtigungen bis hin zum Fahrverbot erfolgten. Auffallend ist auch der enorm hohe Anteil der Befragten, die in den neuen Bundesländern besonders im Jahr 1992, aber auch noch 1995 das Verkehrsaufkommen als problematisch erachteten. Für die Befragten war die in nur kurzer Zeit erfolgte Motorisierung großer Bevölkerungsgruppen verbunden mit Bautätigkeiten und enorm angestiegenem Verkehrsaufkommen offensichtlich mit einer deutlichen Verschlechterung ihrer Umweltsituation verbunden (vgl. Graphik 1).

Auch der Mangel an Grünflächen ist ein Umweltproblem, das in hohem Maße von der naturräumlichen Umgebung abhängig ist. Während 1995 ein Viertel der Befragten in Griechenland, Italien und Spanien diesen Mangel stark beklagen, so nennen nur noch etwas mehr als 10 Prozent der Befragten in Portugal, Frankreich, Luxemburg und Belgien den Mangel an Grünflächen, und für die anderen Länder ist dieses Problem nahezu bedeutungslos. Ähnlich verhält es sich mit der Frage nach der Landschaftszerstörung. Während in Griechen-

Graphik 2: Anteil der Befragten, die große Klagen über die Landschaftszerstörung äußerten



Fragentext: Denken Sie einmal an den Ort wo Sie jetzt leben. Haben Sie bei den folgenden Dingen, die ich Ihnen gleich vorlese, Grund zur Klage? Haben Sie sehr großen Grund, ziemlich großen Grund, ziemlich großen Grund, weniger Grund oder überhaupt keinen Grund zur Klage Landschaftszerstörung.

Quelle: Eurobarometer

land, Spanien, Italien, aber auch in Luxemburg die knappe Ressource „Landschaft“, vor allem als „grüne“ oder fruchtbare Landschaft, und deren Zerstörung wahrgenommen wird, so sind die Befragten in den Ländern, die durch die Natur reichlich mit Grünland ausgestattet sind, weniger von der Landschaftszerstörung beeindruckt (Graphik 2).

Starker Anstieg der Sorgen um nationale Probleme seit 1992

Umweltprobleme treten jedoch nicht nur auf der lokalen Ebene auf, sondern es werden auch auf nationaler Ebene noch Umweltprobleme wahrgenommen. Da jedoch bei Umweltproblemen, wie Meeresverschmutzung oder Industriemüll nicht unbedingt ein unmittelbarer Anlaß zu Klagen wie bei den lokalen Problemen zu erwarten ist, interessiert in stärkerem Maße das Ausmaß der Sorgen, die sich Befragte um diese Probleme machen. Auf nationaler Ebene erreichen die Anteile der Befragten, die sich große Sorgen um Schäden, die Tieren, Pflanzen und Lebensräumen zugefügt werden, über alle Jahre hinweg höchste Werte (vgl. Tabelle 2). Ähnlich hohe Werte von ca. 60 Prozent der Befragten, die große Sorgen äußern, erreichen die Probleme „Beseitigung von chemischen Industrieabfällen/ Industriemüll“ und „Beseitigung von radioaktivem Müll“ in den Jahren 1992 und 1995. Erneut ist - ähnlich wie bei den Klagen über lokale Umweltprobleme - ein starker Anstieg der Besorgnis in allen Bereichen zwischen den Jahren 1988 und 1992 festzustellen und ebenfalls ein leichter Rückgang bis 1995. Extrem hohe Anteile von Befragten, die große Sorgen zu sämtlichen Umweltproblemen äußern, werden immer wieder in Griechenland erreicht. Hier machen sich 1995 91 Prozent der Befragten große Sorgen um Schäden durch Öltanker, 91

Prozent um Luftverschmutzung, 88 Prozent um die Beseitigung von Industriemüll und 87 Prozent um die Verschmutzung des Wassers von Flüssen und Seen. Diese Anteile sind damit z.T. doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt. Besonders auffällige Steigerungen haben die beiden Problembereiche „Schäden durch Öltanker“ und „Industriemüll“ zwischen den Jahren 1988 und 1992 erfahren. Es liegt

die Vermutung nahe, daß Ereignisse in dieser Zeit die Wahrnehmung dieser Probleme beeinflussen haben können. Eine Recherche ergab, daß in diesem Zeitraum außerordentlich viele spektakuläre Unfälle geschehen sind, die vermutlich auf die Problemwahrnehmung eingewirkt haben. Ähnlich wie man die Folgen von Tschernobyl (April 1986) im Meinungsbild nachweisen kann², ist zu vermuten, daß z.B. der Tankerunfall der Exxon Valdez vor der Küste Alaskas (März 1989) und die Tankerunglücke 1991 und 1992 in Italien und Spanien sicherlich die Bevölkerung für dieses Thema stärker sensibilisiert haben (vgl. Tabelle 3). Auffallend ist auch, daß sich in Deutschland und den Niederlanden vor der allgemeinen Verstärkung der Sorgen zwischen 1988 und 1992 bereits zwischen 1986 und 1988 eine deutliche Erhöhung der Bevölkerungsanteile zeigt, die sich Sorgen um „Industriemüll“ machen. Dies könnte mit der Tatsache zusammenhängen, daß beide Länder Anrainer am stark belasteten Rhein sind, der durch den spektakulären Unfall bei Sandoz-Chemie in Basel (1986) ganz besonders geschädigt wurde.

Großer Konsens in der Wahrnehmung globaler Probleme in Europa

Die globalen Umweltprobleme, wie z.B. der Treibhauseffekt oder die Zerstörung der Ozonschicht, zählen zu den Problemen, die konkret noch nicht für die Befragten wahrnehmbar sind. Dieses Problembewußtsein muß erst durch eine öffentliche Diskussion geweckt werden. Aus diesem Grund ist die Äußerung

Tabelle 2: Anteil der Befragten, die sehr besorgt über bestimmte Umweltprobleme sind (in Prozent)

EU-Mittel	1982	1986	1988	1992	1995
Sorge um ...					
Verschmutzung des Wassers von Flüssen und Seen	35	42	45	55	46
Schäden an Meerestieren und Stränden durch Öltanker	44	44	47	60	49
Luftverschmutzung	34	41	43	55	47
Beseitigung von chemischen Industrieabfällen /Industriemüll	44	46	48	63	50
Schäden, die Tieren, Pflanzen und Lebensräumen zugefügt werden	35	40	42	59	52
Beseitigung von radioaktivem Müll / Sorge um Kernenergie (ab 1992)	45			61	47
Umweltverschmutzung durch Landwirtschaft				45	40
Schäden durch Motorsport				22	17
Schäden durch Tourismus				19	15
Risiken, die mit der Industrie verbunden sind					31
Naturkatastrophen, wie z.B. Überschwemmungen, Erdbeben und Feuer					32

Fragentext: Wenn Sie nun einmal an (z.B. Deutschland) denken, wie besorgt sind Sie über die folgenden Probleme? Sind Sie sehr besorgt, ziemlich besorgt, nicht sehr besorgt oder überhaupt nicht besorgt über...

Quelle: Eurobarometer

Tabelle 3: Anteil der Befragten, die sehr besorgt über Schäden an Meerestieren und Stränden durch Öltanker bzw. Verschmutzung von Meeren und Küsten sind (in Prozent)

Land	1982	1986	1988	1992	1995
Frankreich	48	45	47	60	51
Belgien	29	28	32	58	49
Niederlande	55	49	57	47	27
Deutschland (West)	39	37	46	59	45
Italien	46	57	60	70	61
Luxemburg	45	48	38	57	0.A.
Dänemark	48	52	55	53	49
Irland	33	37	37	52	54
Großbritannien	45	41	40	65	56
Nordirland	22	39	34	45	46
Griechenland	52	48	55	90	91
Spanien		47	53	68	54
Portugal		43	41	57	60
Deutschland (Ost)				55	39
Finnland					32
Schweden					57
Österreich					38
EU-Mittel	44	44	47	60	49

Fragentext: Wenn Sie nun einmal an (z.B. Deutschland) denken, wie besorgt sind Sie über die folgenden Probleme? Sind Sie sehr besorgt, ziemlich besorgt, nicht sehr besorgt oder überhaupt nicht besorgt über...

Quelle: Eurobarometer

Gelegenheiten, die eine Mülltrennung überhaupt vorsehen oder ermöglichen.

Was die persönliche Beteiligung bei Umweltaktionen, die finanzielle Unterstützung von Umweltaktionen oder gar die Mitgliedschaft in einer Umweltschutzinitiative angeht, so sinken die Werte für die europäischen Befragten auf knapp 15 Prozent für die beiden erstgenannten Aktivitäten und auf unter zehn Prozent für die Mitgliedschaft. Die größte Bereitschaft zu diesen Aktivitäten zeigen die Befragten aus Luxemburg, das als Stadtstaat besondere Bedingungen aufweist. Die Befragten der Mittelmeerländer Spanien, Griechenland und Italien beteiligen sich am seltensten an organisierten Aktivitäten für die Umwelt. Eine Bestätigung für die These, daß erst Wohlstand ein bestimmtes Umweltverhalten ermöglicht, läßt sich an den Verhaltensweisen für die Umwelt ablesen, die mit hohem finanziellen Aufwand verbunden sind. So waren die westdeutschen Befragten bereits 1992 zu über der Hälfte mit einem schadstoffarmen PKW ausgestattet, während zu diesem Zeitpunkt erst knapp 17 Prozent im europäischen Durchschnitt darüber verfügten. 1995 war der Anteil in Westdeutschland auf 54 Prozent, in Europa insgesamt auf 25 Prozent angestiegen, während er in Portugal und Irland noch deutlich unter bzw. knapp über 10 Prozent lag. Sicherlich sind auch staatliche Anreize, wie z.B. eine günstigere Besteuerung schadstoffarmer PKWs, als Motiv für ein umweltschonenderes Verhalten in Betracht zu ziehen. Auch die Bereitschaft, umweltfreundlichere Produkte zu kaufen, selbst wenn sie teurer sind, ist ein Luxus, den sich 1995 zwar angeblich immerhin 45 Prozent der Europäer/-innen leisten, aber allen voran mit knapp zwei Drittel die Befragten aus Luxemburg und Dänemark, wohingegen nur ca. 20 Prozent der Befragten aus Nordirland sich diese Form des umweltrelevanten Verhaltens leisten können.

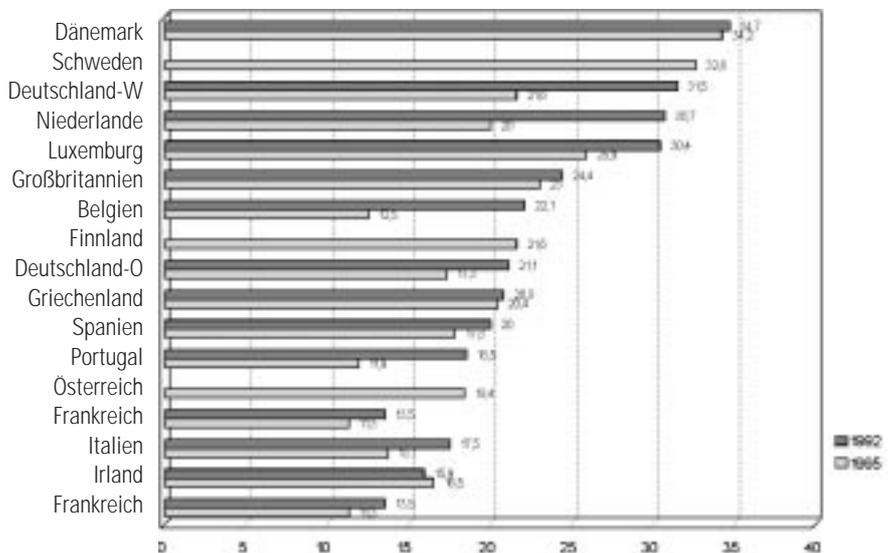
von Sorgen zu den globalen Umweltproblemen auch ein Spiegel der öffentlichen Informations- und Meinungsbildung in diesem Bereich. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Unterschiede zwischen den europäischen Nationen im Bereich der globalen Sorgen deutlich geringer sind als bei den nationalen oder lokalen Umweltproblemen. Auch die große räumliche Distanz zu den durch das Ozonloch spürbar geschädigten Orten (z.B. Antarktis, Australien, Neuseeland) verringert die Besorgnis über diese Probleme nicht: 1995 äußerten 62 Prozent der europäischen Befragten große Sorgen um die Zerstörung der Ozonschicht, ebenso viele um die Zerstörung der tropischen Regenwälder, 52 Prozent um das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten und 49 Prozent um die Erschöpfung der natürlichen Vorkommen/Bodenschätze der Erde. Bezüglich all dieser weltweiten Probleme gibt es in Europa überraschend viel Ähnlichkeit in der Wahrnehmung der Umweltsituation. Eine Ausnahme bilden erneut die beiden Länder Griechenland und Italien, hier ist die Besorgnis um die Zerstörung der Ozonschicht und um den Treibhauseffekt erneut deutlich größer als in den anderen Ländern.

Umweltverhalten auch von Wohlstand abhängig

Nach der Analyse der Sorgen und Klagen zu Umweltproblemen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene - also der Ebene der Einstellungen und Meinungen - stellt sich nun die Frage: Was tun die Befragten für die Umwelt - was haben sie bisher getan, und wozu wären sie bereit? Wenn es darum geht, keine Abfälle auf den Boden zu werfen, dann können immerhin 88 Prozent der Befragten in Europa behaupten, diesen Dienst für die Umwelt ge-

leistet zu haben, allerdings erklärt sich nur gut ein Viertel bereit, dies auch zukünftig zu tun. Auch 65,0 Prozent der Befragten behaupten, bereits Müll zu trennen, bzw. Recycling zu betreiben, allen voran die Befragten in den alten Bundesländern, die zu 89 Prozent angeben, Müll zu trennen. Sie gaben allerdings für die Zukunft nur zu knapp 30 Prozent an, dies auch weiterhin zu tun. Die griechischen Befragten, denen die Umweltprobleme große Sorgen machen, sind jedoch die Nation, die bisher am seltensten (23 Prozent) Müll trennt, und auch nur zu einem Viertel bereit ist, dies zukünftig zu tun. Problematisch sind die national sehr unterschiedlichen Vorgaben, bzw.

Graphik 3: Anteil der Befragten, die angaben, Umwelt sollte Vorrang vor der wirtschaftlichen Entwicklung haben (in Prozent)



Fragentext: Belange der Umwelt sollten Vorrang vor wirtschaftlicher Entwicklung haben.
Quelle: Eurobarometer

Kompromiß zwischen Umwelt und Wirtschaft gewünscht

Häufig werden in der öffentlichen Diskussion den Argumenten für Verbesserungen auf dem Umweltsektor Sorgen um Arbeitsplätze oder Sorgen um eine wirtschaftliche Entwicklung entgegengehalten. Es entsteht so der Eindruck, als könne das eine Interesse nur auf Kosten des anderen durchgesetzt werden. Dieser häufig thematisierte Konflikt Umweltziele versus wirtschaftliche Ziele wurde in einer Frage auf den Punkt gebracht, in der die Befragten verschiedenen Aussagen mehr oder weniger zustimmen konnten. Die Aussage: „Die Belange der Umwelt sollten Vorrang vor wirtschaftlicher Entwicklung haben“ stellt die extreme Position der Umweltschützer dar. Ihr stimmten 1992 knapp ein Viertel der Befragten in Europa zu, 1995 immerhin noch 20 Prozent. Besonders in den skandinavischen Ländern fanden sich mit über 30 Prozent viele Befragte, die der Ansicht waren, die Umwelt sollte Vorrang vor der wirtschaftlichen Entwicklung haben (vgl. Graphik 3). Dagegen konnten sich nur gut 10 Prozent der Befragten in Frankreich, Belgien und Portugal dieser Haltung anschließen. Die andere Extremposition „Die wirtschaftliche Entwicklung sollten Vorrang vor den Belangen der Umwelt haben“ fand 1992 im europäischen Durchschnitt nur 5 und 1995 6 Prozent Zustimmung. Mehrheitlich wurde mit 70,2 Prozent der Kompromiß „Die wirtschaftliche Entwicklung muß sichergestellt sein, aber gleichzeitig muß die Umwelt geschützt werden“ bevorzugt. Es wird dabei deutlich, daß die Mehrheit der Befragten den Kompromiß erwartet, daß aber deutlich mehr „Hardliner“ für die Umwelt als für das Wirtschaftswachstum unter den europäischen Befragten auszumachen sind.

Wenn es schließlich um umweltpolitische Maßnahmen geht, wie z.B. die Einführung einer Öko-Steuer, die umweltfreundliche Produkte billiger und umweltschädigende Produkte teurer machen soll, so stimmen 1995 immerhin 38 Prozent der Europäer voll und ganz zu. Abgelehnt wurden derartige Maßnahmen nur von knapp 20 Prozent der Befragten im europäischen Durchschnitt. Allerdings waren gleichzeitig über ein Viertel der Befragten der Ansicht, daß sie nur dann eingeführt werden sollte, wenn sie das Wirtschaftswachstum nicht verlangsame. Der größte Anteil von 46 Prozent wollte die Ökosteuer auch dann eingeführt wissen, wenn sie das Wirtschaftswachstum „ein wenig“ verlangsame. Es wird in Zukunft wichtig sein, die politischen Maßnahmen und die möglichen Folgen dieser Maßnahmen transparenter zu machen als dies bisher geschah. Die Sensibilisierung für Umweltprobleme und das Wissen um die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns ist in Europa durchaus vorhanden - und nicht nur in den „reichen“ Ländern. Doch muß für jede Maßstabsebene ein sinnvolles Konzept vorliegen, dann wären die Europäer/-innen durchaus bereit, für ein „sauberes Haus Europa“ Opfer zu bringen.

1 vgl. Preisendörfer, P. & A. Franzen, 1996: *Der schöne Schein des Umweltbewußtseins*. In: Diekmann, A. & C. Jaeger (Hrsg.): *Umweltsoziologie. Sonderheft 36/1996. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, S. 219-244.
 2 vgl. Schupp, J. & G. Wagner, 1998: *Die Entwicklung der Umweltsorgen seit 1984*

und ihre individuellen Determinanten. In: Schupp, J. & G. Wagner (Hrsg.): *Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung*, Berlin, S. 167-186.

■ Caroline Kramer, ZUMA
 Tel.: 0621/1246-244

XIV. World Congress of Sociology

Montreal, July 26 - August 1, 1998

Working Group Social Indicators

Im Rahmen des diesjährigen Weltkongresses für Soziologie der International Sociological Association veranstaltet die Working Group Social Indicators insgesamt 10 „Sessions“ zu folgenden Themenbereichen:

Session 1:	Perspectives on Social Indicators Research: A Tribute to Rudolf Andorka Chair: Andrew S. Harvey, Halifax
Session 2:	Quality of Life in Transnational Perspective Chair: Alex C. Michalos, Prince George
Session 3:	The Quality of Korean Life (I) Chair: Doh C. Shin, Seoul
Session 4:	The Quality of Korean Life (II) Chair: Kwang Woon Kim, Seoul
Session 5:	Aging and the Quality of Life in Late Life Chair: K. Victor Ujimoto, Guelph
Session 6:	The Quality of Life of Children, Youth and Parents Chair: Carole-Lynn Le Navence, Calgary
Session 7:	Life Transitions and the Quality of Life Women Chair: Valerie Moller, Grahamstown
Session 8:	Social Indicators: Theory, Methodology and Social Policy Chair: Ruut Veenhoven, Rotterdam
Session 9:	Health, Public Services and the Quality of Life Chair: Merlin Brinkerhoff, Calgary
Session 10:	Social Indicators Research and Social Policy Chair: Georg Müller, Fribourg

Living Conditions in Europe

Selected Social Indicators

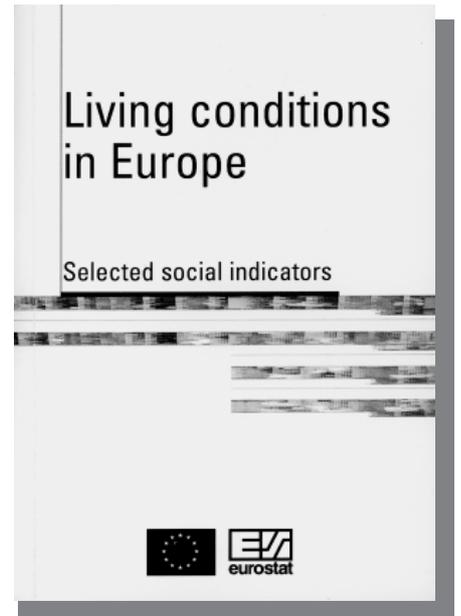
Eine Buchbesprechung

EUROSTAT, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlichte im Frühjahr dieses Jahres ein kleinformatiges Taschenbuch unter dem Titel „Living conditions in Europe“, das - wie auch schon der Untertitel deutlich macht - eine Auswahl der wichtigsten sozialen Indikatoren für die Länder der Europäischen Gemeinschaft und, soweit Daten vorhanden sind, auch für Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz enthält. Somit bleibt diese Berichterstattung über die soziale Lage in Europa nicht auf die Länder der Europäischen Union beschränkt, sondern umfaßt den gesamten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. mit Bezug auf die Schweiz die Europäische Freihandelszone (EFTA).

Das wachsende Bedürfnis einer Sozialberichterstattung für Europa veranlasste EUROSTAT, 1995 das Projekt ‚European Social Indicators‘ ins Leben zu rufen, dessen Ziel es war, soziale Indikatoren für verschiedene Lebensbereiche anhand harmonisierter Datenquellen, wie z.B. dem Europäischen Haushaltspanel und der Europäischen Arbeitskräfteerhebung, zusammenzustellen. Dabei handelt es sich ausschließlich um diejenigen Datenerhebungen, die bei EUROSTAT verfügbar sind. In Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der verschiedenen europäischen Länder wurde eine Liste der sozialen Indikatoren erstellt, für die vergleichbare statistische Daten zur Verfügung stehen. EUROSTAT wählte unter Verwendung dieser Sozialindikatorenliste insgesamt 78 Indikatoren als Grundlage für „Living Conditions in Europe“ aus, um für die relevanten Lebensbereiche ein umfassendes Bild über die Lebensbedingungen in Europa widerzugeben. Die dargestellten sozialen Indikatoren decken die Bereiche Bevölkerung, Haushalt und Familie, Bildung und Ausbildung, Beschäftigung, Arbeitseinkommen, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Wohnen, Gesundheit, Kriminalität sowie Partizipation und soziale Beziehungen ab, wobei auch solche Indikatoren ausgewählt wurden, die nicht nur die Lebensverhältnisse und Bedingungen in den einzelnen Ländern beschreiben, sondern die auch auf gemeinschaftlicher Ebene von gesellschafts- und sozialpolitischer Relevanz sind, so z.B. die Bildungsbeteiligung oder die Arbeitslosenraten in den verschiedenen Ländern. Im Hinblick auf das Ziel eines einheitlichen Europas sind bestehende Divergenzen und Konvergenzen, die durch eine europäische Sozialberichterstattung beleuchtet werden, von großer Bedeutung.

Die Aufgliederung des Bändchens orientiert sich an den zwölf ausgewählten Lebensbereichen, für die jeweils die einzelnen sozialen Indikatoren in Form von Tabellen und Graphiken dargestellt werden, ergänzt durch eine kurze definitorische Erläuterung des jeweiligen Indikators, die Angabe der Datenquelle und durch Hinweise auf entsprechende weitere Veröffentlichungen von EUROSTAT. Teilweise wurden zu einzelnen Indikatoren auch kurze Interpretationen oder Bemerkungen aufgeführt, beispielsweise bei nationalen Besonderheiten oder bei fehlenden Daten für einzelne Länder und Jahre. Die Indikatoren basieren auf den jeweils aktuellsten Datenquellen, d.h. sie zeichnen die soziale Lage in Europa für Mitte der 90er Jahre ab, wobei für einige Indikatoren - so z. B. aus dem Bereich Bevölkerung - die Möglichkeit besteht, die Entwicklung und eventuelle Wandlungsprozesse ab den 60er, 70er oder 80er Jahren nachzuverfolgen; es handelt sich hier allerdings nicht um Zeitreihen, sondern es stehen lediglich Querschnittsbetrachtungen zur Verfügung. Für diejenigen Indikatoren, die die Bevölkerungsentwicklung betreffen, wurden außerdem noch Vorausschätzungen bis in das Jahr 2020 berechnet. Für sämtliche Lebensbereiche wurden hauptsächlich objektive Indikatoren verwendet, lediglich zwei subjektive Indikatoren - die Arbeitszufriedenheit und die individuelle Bewertung des Gesundheitszustandes - wurden mitberücksichtigt. EUROSTAT verwendete über 15 harmonisierte Datenbasen, so daß für die wichtigsten sozialen Indikatoren vergleichbare Daten für die europäischen Länder zur Verfügung standen. Ein Mangel an international harmonisierten Daten bestand allerdings im Bereich Kriminalität, so daß dieser Bereich nur unzureichend erfaßt werden konnte.

Insgesamt zeigt „Living Conditions in Europe“, daß in Europa eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in Bezug auf demographische Entwicklungen stattgefunden hat, sich aber die einzelnen europäischen Länder bezüglich ihres Wohlstandsniveaus auch noch in den 90er Jahren unterscheiden. Vor allem die südeuropäischen Länder weisen die höchsten Arbeitslosenraten auf - eine Ausnahme bildet hier nur Portugal - und befinden sich in den Bereichen Bildung, Einkommen und Sozialleistungen unterhalb des EU-Durchschnitts. EUROSTAT konzipierte die Veröffentlichung der genannten sozialen Indikatoren für eine möglichst breite öffentliche Nutzung, so daß „Living Conditions in Europe“



die Möglichkeit bietet, Daten über die verschiedenen Lebensbereiche auf schnellem Wege nachzuschlagen. Deshalb wurde bewußt auf die ausführliche Definition der Indikatoren und auf Erläuterungen der Statistiken verzichtet.

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT, Living Conditions in Europe - Selected Social Indicators, Luxembourg 1998, ISBN 92-828-2608-2, 201 S.

In Deutschland zu beziehen über: Bundesanzeiger Verlag, Breite Straße 78-80, Postfach 100534, 50667 Köln

■ **Beate Jankowitsch, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-115

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruktur-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Sektion Sozialindikatoren auf dem Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie

Der gemeinsame Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie findet vom 14.-18. September dieses Jahres in Freiburg statt. Das übergreifende Thema des Kongresses lautet: „Grenzenlose Gesellschaft?“ Die Sektion Sozialindikatoren organisiert im Rahmen des Kongresses eine Veranstaltung zum Thema:

„Sozialberichterstattung für ein ‘grenzenloses’ Europa: Konzepte, Indikatoren, Ergebnisse“, Donnerstag, den 17.9. 1998, 14.30 Uhr:

Programm

Joachim Vogel (Stockholm)	„The European Welfare Mix: Institutional Configuration und Distributive Outcome in Sweden and the European Union in Longitudinal and Comparative Perspective“
Dietmar Dathe (Berlin)	„Zeit- und Geldpräferenzen im EU-Vergleich“
Manfred Garhammer (Bamberg)	„Ein erweitertes Konzept der Sozialindikatoren für europäische Gesellschaften: Die Zeitfrage als Prüfstein für die Lebensqualität und Sozialverträglichkeit der europäischen Integration. Ergebnisse für vier westeuropäische Nationen“
Christian Suter, Matthias Niklowitz, Peter C. Meyer (Zürich)	„Gesundheitsindikatoren in der Sozialberichterstattung – ein Vergleich“
Wolfgang Voges (Bremen)	„Sozialhilfedynamik als Gegenstand einer vergleichenden Sozialberichterstattung“
Roland Habich (Berlin) Zsolt Spéder (Budapest)	„‘Winner‘ und ‘Loser‘ im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß - Probleme und Möglichkeiten der vergleichenden Wohlfahrtsmessung“
Peter Farago (Zürich)	„Sozialberichterstattung aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Das Konzept des SPP ‘Zukunft Schweiz‘“
Heinz-Herbert Noll Regina Berger-Schmidt (Mannheim)	„Ein System Sozialer Indikatoren für Europa“

Im Anschluß Mitgliederversammlung

Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Sozialindikatoren, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241; Fax: 0621/1246-100; e-mail: noll@zuma-mannheim.de; internet: <http://www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators/sektsi.htm>.